

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Siebelung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Beim Welt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 0,70 Goldmark, Reklamseite 4,- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,30 Goldmark (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenanzeige das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten keine 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Zeiler gerechnet durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2508-2507

Sonntag, den 11. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verständigung: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktonto-Gesellschaft, Depositenkassendirektion 3

Die Regierungskrise vertagt!
Vorläufig bis Dienstag.

Am Schluß der gestrigen Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der Regierungsparteien, die um 7,15 Uhr begonnen hatte, und bis kurz vor 8 Uhr dauerte, wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

In der abends 7 Uhr stattgehabten Besprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien erklärten die Vertreter des Zentrums, daß ihre Fraktion ihre endgültige Stellungnahme zur Frage der Regierungserweiterung sich vorbehalten müsse, da zurzeit zahlreiche Mitglieder von Berlin abwesend seien. Der Reichskanzler kam mit den Parteiführern überein, die nächste Zusammenkunft im Laufe des Dienstags abzuhalten.

So der amtliche Bericht. Wir glauben jedoch, daß für die Vertagung der Krise noch andere Gründe wirksam waren, von denen weiter unten die Rede ist.

Die Demokratische Reichstagsfraktion trat um 4 Uhr nochmal zu einer Sitzung zusammen. Die Vorsitzenden berichteten über den Verlauf der Besprechung beim Reichskanzler. Der Führer des Zentrums habe dem Kanzler erklärt, er möge mit Rücksicht insbesondere auf die außenpolitischen Verhältnisse von einer Umwidmung der Regierung absehen. Die Führer der Demokraten hätten sich dieser Erklärung angeschlossen. Die Fraktion billigte einmütig die Haltung ihrer Vertreter.

Die Zentrumsfraktion gelangte auch in ihrer gestrigen Sitzung noch zu keinem abschließenden Ergebnis. Als Grund dafür wird angegeben, daß die Stellungnahme der Demokraten noch nicht genügend geklärt sei. (1)

Nach einer Meldung der „Express-Korrespondenz“ schweben zurzeit Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei, die darauf hinausgehen, die Kabinettsbildung bis Januar zu vertagen. In diesem letzten Falle würde lediglich eine Befreiung der zurzeit unbefestigten Ministerien in Frage kommen und zwar durch Persönlichkeiten, die als Sachminister gelten können und den Deutschnationalen genehm sind. Als eine solche Persönlichkeit nennt man beispielsweise den früheren Staatssekretär im Reichsjustizamt Müge. Die Sozialdemokraten haben, wie verlautet, bereits ihre Neutralität gegenüber einem fortbestehenden Kabinetts-Müge zugesagt. (Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie einem Übergangministerium zum Bürgerblock, das mit Rücksicht auf deutschnationale Wünsche ergänzt würde, keine Neutralität zugesagt hat und zuzagen wird.)

Die Krise ist vertagt! Entscheidende Beschlüsse werden erst in der nächsten Woche gefaßt. Werden sie wirklich?

Grund der Vertagung ist die Erkenntnis, daß eine Verschärfung der Krise im gegenwärtigen Augenblick deutsche Wirtschaftsinteressen schwer schädigen und die Aussichten der Anleihe stark beeinträchtigen würden.

Diese Erkenntnis soll den in Berlin handelnden Personen durch ein Telegramm aus dem Ausland zugänglich gemacht worden sein.

Die Volkspartei und die Deutschnationalen spielen seit dem 29. August Regierungskrise. Sie sind die Parteien der sogenannten „Wirtschaftskapitäne“, das deutsche Unternehmertum steht zum großen Teil hinter ihnen. Jetzt haben sie die Bestätigung dafür erhalten, was hier schon oft gesagt worden ist, daß sie durch ihre politischen Intrigen die deutsche Wirtschaft in frivoler Weise schädigen. Politik des deutschen Bürgertums!

Durch den Vertagungsbeschluss ist der deutschen Wirtschaft eine Atempause von einigen Tagen verschafft worden. Vorausgesetzt, daß die deutschnationale Brut der Bürgerblocke so lange ihre Sehnsucht aufs Eis legen kann.

Der Ruhepause, wenn sie wirklich eine ist, sei eine Betrachtung mehr allgemeiner Natur gewidmet.

Man hat in den letzten Tagen soviel von „Volksgemeinschaft“ geredet. „Volksgemeinschaft“ im Sinne des Miteinanderregierens von Parteien, die einander ihrer Natur nach aufs heftigste bekämpfen müssen, ist ein Unding. Durch den Streit um diese „Volksgemeinschaft“ ist eine andere noch mehr als bisher in den Boden getreten worden, eine Volksgemeinschaft, die es immerhin geben könnte, eine Volksgemeinschaft auf dem Gebiet der politischen Moral.

Es gibt Dinge, die für jeden, auf welchem politischen Boden er immer stehen mag, aus ethischen Gründen einfach unerträglich sein müssen. Dazu gehört der Handelsvertrag vom 29. August, durch den Abgeordnetenstimmen gekauft und verkauft wurden gegen Wechsel, die auf vier Ministergehälter lauteten. Es gibt in Deutschland eine „Volks-

gemeinschaft“, die diesen Handelsvertrag verurteilt, und es ist immerhin ein Trost, daß sich auch viele Deutschnationalen von ihr nicht ausschließen.

Zwischen diesen Deutschnationalen und den Sozialdemokraten gibt es viel eher einen gemeinsamen Boden als zwischen den Sozialdemokraten und jenen anderen Deutschnationalen, die jetzt von der „Heiligkeit der Verträge“ reden (Ritter-Walded in der „Kreuz-Zeitung“) oder die pathetisch deklamieren: „In Deutschland hat bisher immer noch gegolten: Ein Mann, ein Wort!“ („Hamburger Nachrichten“). Dieser gemeinsame Boden ist keineswegs ein politischer: im Gegenteil! Die jetzt zum Schweigen verurteilten anständigen Deutschnationalen sind viel schärfere Gegner der Sozialdemokratie als die Leute um Hergt, die ja früher einmal schon ganz ernstlich zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie bereit gewesen wären und die jetzt bereit sind, Kleider, Hemd und Haut nach Belieben zu wechseln, wenn sie sich dadurch nur den Weg zu der — von ihnen so genannten — „Futtertruppe“ erschließen können.

Eine moralische Front gegen diese Leute über alle Parteigrenzen hinweg, das wäre eine wirkliche Volksgemeinschaft.

Diese Volksgemeinschaft würde zwar die politischen Gegensätze nicht aus der Welt schaffen können, aber sie würde bewirken, daß man einander in Deutschland als Gegner wieder achten könnte, sie würde die politische Atmosphäre Deutschlands von den mephistischen Dünsten reinigen, mit denen sie übersättigt ist.

Statt dessen dürfen aber die Händler um Hergt sich selber als die „Moralischen“ gebärden, ohne daß sich in ganz Deutschland ein einziger Schrei der Entrüstung dagegen erhebt. Weil die Sozialdemokratie nicht in die Falle gegangen ist, und sich nicht ohne weiteres aus den Verhandlungen „selbst ausgeschaltet“ hat, wurde ihr von der deutschnationalen Presse Ignominus vorgeworfen. Als dann die Sozialdemokraten betonten, daß durch die Erklärungen der Deutschnationalen selbst die Unmöglichkeit einer politischen Gemeinschaft mit ihnen bewiesen sei, erhob sich sofort wieder ein hochmoralisches Geschrei darüber, daß die Sozialdemokraten in ihrer Niederträchtigkeit den edlen Plan des Reichskanzlers zerstört hätten.

Aber nicht genug damit! Sofort nach der Ausschaltung der Sozialdemokraten erscheinen die deutschnationalen Händler

Der britische Wahlkampf beginnt.

London, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Alle politischen Parteien haben sich sofort in den Wahlkampf gestürzt. Die Zeit bis zum Wahltermin ist so kurz, daß wahrscheinlich schon am Sonnabend die Wahlmanifeste aller drei Parteien der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Delegierten der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei sind noch am Donnerstagabend von London in ihre Wahlkreise abgereist. Die Konservativen haben bereits am Freitag die ersten Wahlversammlungen abgehalten. Die Liberalen beginnen am Dienstag mit einer großen Versammlung in London, in der Lloyd George, Asquith und Simon sprechen werden.

Das Kabinet hat nicht abgedankt, es bleibt bis nach den Wahlen im Amt und wird erst demissionieren, wenn es vor dem neuen Parlament eine Niederlage erleiden sollte.

Die Arbeiterpartei hat 400 Kandidaten aufgestellt. Die Konservativen wollen sich in 500 Wahlkreisen bewerben und die Liberalen in 200. Drei Abgeordnete, von jeder Partei einer, befinden sich im Auftrag des Parlaments und der Regierung auf einer Studienreise in Ostafrika. Damit sie ihre Arbeit nicht zu unterbrechen brauchen, wird eine Vereinbarung unter den Parteien angestrebt, den drei Abgeordneten das Mandat ohne Kampf zu sichern.

London, 10. Oktober. (TL.) Wie vom Zentralkomitee der Arbeiterpartei bekanntgegeben wird, hat die Partei augenblicklich 370 Kandidaten, hofft aber diese Zahl noch auf 500 erhöhen zu können. Vertreter der Arbeiterpartei sind in 615 Bezirken tätig. Macdonald wird eine Wahlreise in ganz England ausführen, aber in London selbst keine Wahlreden halten. Macdonalds Sohn Malcolm, der augenblicklich in Amerika weilt, kann an den Wahlen nicht teilnehmen; Macdonalds Tochter Isabel wird deshalb ihren Bruder vertreten. Als Kandidaten der Arbeiterpartei sind u. a. der Sohn Clynnes' aufgestellt, ebenso die beiden Söhne Hendersons, die die Wahlkampagne gegen Asquith und Lloyd George in der ersten Zeit leiten werden.

Das Wahlprogramm der Arbeiterpartei.

London, 10. Oktober. (EB.) Das Wahlprogramm der Arbeiterpartei ist heute vom Premierminister entworfen worden; es wird alle Punkte des Programms umfassen, das vom Parteikongress aufgestellt worden ist: 1. Rationalisierung der Eruben, 2. Rationalisierung der Nahrungsmittelindustrie, 3. neue Zusicherungen in bezug auf die Behandlung der Arbeitslosigkeit, 4. neue Pläne für den Bau von Wohnungen, 5. alle alten Vorschläge über die Rationalisierung der Elektrizitäts- und Wasserrechte.

Macdonald an den Völkerbund.

London, 10. Oktober. (TL.) Der englische Premierminister sandte folgendes Telegramm an den Präsidenten des Völkerbundes: „Anlässlich des Abschlusses der fünften Versammlung des Völkerbundes möchte ich Ihnen meine aufrichtigen Glückwünsche zu dem bemerkenswerten Erfolge aussprechen, der dem Völkerbund unter Ihrer Präsidentschaft beschieden war. Ich bin überzeugt davon, daß durch die Arbeiten dieser fünften Völkerbundtagung ein entscheidender Fortschritt in der Entwicklung der Menschheit geleistet worden ist und daß diese Sitzung auch von den kommenden Generationen als das Fruchtbare aller bisherigen Bemühungen zur Schaffung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern angesehen wird. Ich

hoffe, daß diese Bemühungen stets verknüpft bleiben.“

Wie BTB. erfährt, besagt die nun überreichte britische Antwort auf das Memorandum der Reichsregierung vom 29. September über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im wesentlichen, daß die englische Regierung keinen Widerspruch gegen einen künftigen Ratifizierung für Deutschland erheben werde. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Zulassungsantrag nur dann Aussicht auf Annahme habe, wenn er ohne Bedingungen und Vorbehalte gestellt werde. Deshalb könne die englische Regierung hinsichtlich der übrigen deutscherseits aufgeworfenen Fragen auch keine Zusicherungen geben.

Deutsch-französisches Handelskompromiß? Prinzipielle Einigung. — Einzelberatungen bevorstehend.

Paris, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind, wie wir erfahren, heute zu einem gewissen vorläufigen Abschluß gelangt, indem man sich über das anzuwendende System prinzipiell geeinigt hat. Zwischen der von Deutschland gewünschten Meißbegünstigung und der von Frankreich angestrebten Methode gegenseitiger Vorzugsbehandlung für einzelne Warenkategorien ist es zu einem Kompromiß gekommen und es ist in Aussicht genommen, eine kurze Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen, die es beiden Delegationen ermöglichen soll, vor Eintritt in die Einzelberatung der zu freiziehenden Regelung mit ihren Regierungen und den interessierten Industrien in Fühlung zu treten. Ueber den Stand der bisher geheim gehaltenen Verhandlungen wird morgen ein offizielles Communiqué veröffentlicht werden.

Amerika in der Reparationskommission.

Paris, 10. Oktober. (BTB.) Die Repko hat, wie bereits berichtet, heute vormittag ein Exposé des Kommissars für die Reichseisenbahngesellschaft Levere entgegengenommen und hierauf die Mitglieder des Transparationskomitees ernannt, deren Namen am Montag bekanntgegeben werden. Am Nachmittag hat die Repko das amerikanische Mitglied der Repko ernannt, dessen Name ebenfalls erst am Montag bekannt gegeben wird. Schließlich hat die Repko die Kanonbedingungen, wie sie in London festgelegt wurden, genehmigt, und zwar nach einem Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen Owen Young. Es sind nunmehr alle Bedingungen für die zweite der im Londoner Abkommen vorgesehenen Feststellungen erfüllt. Diese wird am Montag vormittag, 1 1/2 Uhr durch die Repko vorgenommen werden.

Reparation an Rumänien.

Bucarest, 10. Oktober. (Rumän. Tel.-Agentur.) Deutschland, das die Naturallieferungen auf Reparationskonto eingestrichelt hatte, wird sie nun in Ausführung des Dawes-Planes weiter leisten. Für September und Oktober soll Rumänien für 1,2 Millionen Goldmark Eisenbahnmateriale erhalten. In dieser Angelegenheit wird eine aus drei Ingenieuren bestehende Kommission nach Berlin reisen, während der Generaldirektor der rumänischen Eisenbahnen, Pretorian, nach Paris fährt, um dort mit der Reparationskommission über Einzelheiten zu verhandeln.

beim Reichsanwalt, um diesem zu versichern, daß sie nunmehr die — von der deutschnationalen Provinzpresse als „hinterhältig“ gebrandmarkt — Richtlinien zu schänden entschlossen seien. Diese Leute sind also bereit, den Schutz der republikanischen Verfassung und der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold zu übernehmen, sie sind bereit, die Londoner „Vertrauensverträge“, für die sie jede Verantwortung ablehnen, loyal ausführen zu helfen. Fest steht und tren die deutschnationale Wacht bei der Verfassung vom 11. August 1919 und bei der „Erfüllungspolitik“.

Ben da nicht ein Grausen packt, der hat jedes Gefühl dafür verloren, daß schließlich auch das Geschäft der Politik ein gewisses Mindestmaß von öffentlicher Moral und Sauberkeit erfordert.

Begreifen denn die Leute, die mit ihrer nationalen Gesinnung prunken, nicht, daß sie durch solche Praktiken, durch ihre Duldung und Anerkennung, die deutsche Nation vor den Augen der Welt schänden und daß man sich schämen muß, ein Deutscher zu sein, wenn hierzulande der Kampf um weltanschauliche Gegensätze auf das Niveau eines schmutzigen Händlertums herabgedrückt wird? Lernet doch wieder, die politischen Gegensätze ehrlich und sauber auszutragen, ohne Geschacher und Geschiebe, ohne Palastintrigen und Hinterdreppenmanöver! Dann erst wird über alle Gegensätze der Parteien und Klassen hinweg etwas wie eine wirkliche Volksgemeinschaft möglich sein, eine Gemeinschaft im Moralischen, das sich leider nicht von selbst versteht.

Würde der Berliner Pakt ausgeführt, so käme das einer moralischen Selbstvernechtung Deutschlands gleich. Daß sich gegen ihn nicht sofort eine Volksgemeinschaft der anständigen Leute gebildet hat, daß wochenlang über ihn, sogar unter Heranziehung des bürgerlichen Gesetzgebers und der Corpus Juris debattiert und hin und her verhandelt werden konnte, ist schon ein unermeßlicher Schaden. Dieser Schaden droht jetzt ins Materielle umzuschlagen. Vielleicht werden gewisse Teile des deutschen Bürgertums etwas heftiger, da nicht nur die politische Moral, sondern auch das Geschäft bedroht ist.

Deutschnationale Katastrophenstimmung.

„Völliger Zusammenbruch“.

Von der Annahme ausgehend, daß der Bürgerblock bereits endgültig gescheitert sei, schreibt die „Deutsche Zeitung“:

Die Deutschnationalen mußten in gewisser Weise geradezu dankbar sein, daß sie durch die mittelportellische Ablehnung davon bewahrt werden, die verhängnisvolle Konsequenz aus den Fehlern einer Tat zu ziehen, für die und für deren nachträglichen — man möchte, wie erwidert, beinahe sagen: glücklicherweise anscheinend erfolglos — völligen Zusammenbruch abermals die gleiche Zeitung verantwortlich ist, die die Partei und die Fraktion zur Katastrophe vom 29. August geführt hat. Exzellenz Hergt hat selbst eine Reform an Haupt und Gliedern in der Deutschnationalen Volkspartei für notwendig erklärt, wenn die Beteiligung an der Regierung nicht zustande komme. Die Verzögerung dieser Reform an Haupt und Gliedern bis zum jetzigen Augenblick hat es der Deutschnationalen Volkspartei eingebracht, daß sie sich durch ihre Beteiligung an der Regierungshandlungen immer wieder bloßgestellt hat und daß sie jetzt gar von den anderen (um diesen, hauptsächlich wohl einzig treffenden volkstümlichen Ausdruck zu gebrauchen) einfach kaligestellt werden konnte.

In demselben Blatt ist auch zu lesen:

Politisch ist es höchst bedauerlich, daß — es muß schon ausgesprochen werden: — daß sich die Sozialdemokraten entschlossen und offener zu ihrer Auffassung bekennen als die deutschnationale Reichstagsfraktion.

Das war geschrieben, noch bevor die Deutschnationalen zum Reichsanwalt liefen, um sich, die deutsche Hand auf dem deutschen Herzen, zu seinen noch gestern als „hinterhältig“ gebrandmarkt Richtlinien zu bekennen!

Die Anleihebedingungen unterzeichnet.

Die Erfolgsaussichten.

London, 10. Oktober. (W.T.B.) Die Abmachungen zwischen Deutschland und allen beteiligten Banken hinsichtlich der Anleihe für Deutschland sind unterzeichnet worden.

Damit sind die sonstigen Vorbereitungen zur Auflegung der Reparationsanleihe vollendet. Die Gegenzeichnung der Bedingungen, zu denen die 800-Millionen-Anleihe aufgelegt werden soll, durch die Reparationskommission ist nur noch eine Formsache.

Wenn auf Grund von Pressestimmen und von Neußerungen der Financiers für die Anleihe ein großer und rascher Erfolg erwartet wird, so machen die Bedingungen der Anleihe ihn wahrscheinlich. Es soll eine Verzinsung von 7 Proz. bei einem Ausgabekurs von 92 oder 94½ Proz. in Aussicht genommen sein. Das ist für ein festverzinsliches Papier mit langer Laufzeit ein sehr hoher Prozentsatz. Es wird — genau wie bei der österreichischen Sanierungsanleihe — nicht an Leuten fehlen, die den billigen Kurs und den hohen Zinsfuß der Anleihe auszunutzen suchen werden, indem sie die Stücke zum niedrigen Ausgabekurs erwerben und bei der nächsten Kurssteigerung wieder abstoßen.

Dennoch wäre es falsch, wollte man schon jetzt finanzielle Siegesrufe ertönen lassen. Es liegen auch Nachrichten darüber vor, daß die Stimmung für die deutsche Anleihe im Ausland durch die deutsche Regierungskrise wesentlich gedämpft wird. Und das ist verständlich. Wenn Kreise, die politisch ernst genommen werden, die Regierung dem Einfluß einer Partei ausliefern wollen, deren Mehrheit den Dawes-Plan abgelehnt hat, so bedeutet das letzten Endes doch die Bekämpfung der Anleihe und ihre Unterhöhlung. Im Interesse einer ruhigen und erfolgreichen Außenpolitik ist das Schielen nach dem Bürgerblock doppelt verwerflich. Das Interesse der deutschen Wirtschaft an der Wiedereinführung der Goldwährung und an der Erschließung neuer Kreditmöglichkeiten erheischt gebieterisch eine Politik, die den Erfolg der Anleihe sicherstellt. Ohnehin sind die Opfer, die das Volk mit der hohen Verzinsung und mit der Tilgung der Anleihe einget, groß genug.

Die Verhandlungen in Paris.

Paris, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Finanzministerium haben am Freitag morgen Verhandlungen zwischen den Vertretern der großen Geldinstitute und dem Finanzminister über die französische Beteiligung an der Dawes-Anleihe stattgefunden. Der Agent für die Reparationszahlungen Owen Young, der am Freitag von London kommend hier eingetroffen ist, soll sich über die Verhandlungen, die dort zwischen den Vertretern der englischen, amerikanischen und deutschen Finanz stattgefunden haben, sehr befriedigend geäußert haben. Nach der von ihm gemachten Mitteilung soll noch die Zustimmung von zwei Ländern zu den ihnen zugeleiteten Anteilen ausstehen und lediglich die Frage des endgültigen Ausgabekurses der Anleihe noch offen sein. Man spricht hier neuerdings von einem Emissionskurs von 92 und einer Verzinsung von 7 Proz.

Die Beteiligung der Schweiz.

Genf, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldung Schweizer Blätter wird der Anteil der Schweiz an der 800-Millionen-Anleihe 3 Millionen Pfund ausmachen, deren Unterbringung in Finanz- und Gesellschaftskreisen als gesichert gilt.

Kapitän James O'Grady, der ein hervorragendes Mitglied der Arbeiterpartei im Parlament war, wurde zum Gouverneur von Tasmanien ernannt. Es war einmal davon gesprochen worden, daß er wahrscheinlich der erste britische Botschafter in Sowjetrußland sein werde.

Der indische Bruderkrieg. In Allahabad (Indien) wurden bei einem Handgemenge zwischen Muselmanen und Hindus drei Personen getötet und etwa 20 verletzt. Polizei griff ein, außerdem wurden Truppen herbeigezogen worden.

Kapital und Presse.

Öffentliche Meinung und Journalistengeleg.

Der „Republikanische Anwaltsbund“ hat sicher seine Verdienste, ist ja schon die Tatsache seiner Existenz von großem Wert. Trotz dieser Anerkennung muß jedoch festgestellt werden, daß die von ihm gestern abend im Vereinshaus Deutscher Ingenieure veranstaltete öffentliche Versammlung über obiges Thema alles andere als jachtige Aufklärung über ein brennendes Problem brachte. Alle drei Referate wider sprachen sich, monach man das allgemeine Niveau der Diskussion berechnen kann. Die „Öffentliche Meinung“ repräsentierte Oberbürgermeister Dr. Walter Busch, dessen Ausführungen im wesentlichen ein historisches Kolleg über die Bedeutung der deutschen Presse in der Vergangenheit bildete. Um den Standpunkt der Verleger zu vertreten, sprach Rechtsanwalt Dr. Garbe, der seinerseits ein Journalistengeleg für gänzlich überflüssig hielt und die dafür vorgebrachten Begründungen als nicht stichhaltig bezog. Einzelne Berufsübergriffe verantwortungsloser oder übergeschäftlicher Verleger würden nichts für die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes beweisen, zumal in Österreich trotz der Existenz eines solchen die Verhältnisse viel schlimmer seien als bei uns. Redakteur Dr. Dörfel brachte als Vorsitzender des Berliner Bezirksverbandes des Reichsverbandes der Deutschen Presse demgegenüber zum Ausdruck, daß Respekt der Beurteilungen erforderlich sei, wenn nicht die Verhältnisse in den von dem ersten Referenten angezogenen Groß-Berliner Tageszeitungen, sondern an der ungeheuer großen Provinzpresse bilden müßte. Früher hätten die Redakteure an den besseren deutschen Tageszeitungen ein weitgehendes Maß von Freiheit gehabt, aber in dem Augenblick, wo der Verleger keine Persönlichkeit sei, wäre das Blatt ewigen Gesinnungswechsels seiner jeweiligen Besitzer ausgeliefert. Durch die Konzerne sind bereits die ersten Schritte zur Amerikanisierung der deutschen Presse getan und es seien daher durch ein Journalistengeleg berufsbündliche Kammern mit der Aufgabe, alle vorkommenden Streitigkeiten zu schlichten, zu fordern. Weitere Kritik an den Ausführungen des ersten Referenten übten Rechtsanwalt Dr. Roth, A.-A. Dr. Baum, Verbandsvorsitzender Hoest und der langjährige Syndikus des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, Dr. Hans Wolf, der auch aus keiner Erörterung heraus die Feststellung machte, daß Dr. Garbe die heutigen Verhältnisse in einem viel zu rosenigen Lichte sähe. Sachlich ergänzte er insofern, als er die Meinung vertrat, als ein Gesetz in der Art, wie es Dr. Dörfel vertritt, nicht auf freie Mitarbeiter, die artikelweise beschließen, sondern auf ständige Mitarbeiter und festbesoldete Redakteure angewandt werden könne. Das Ganze schien vorläufig doch mehr eine intern bürgerlich-journalistische Angelegenheit zu sein; man merkte, es ist etwas faul im Staate Dänemark — aber keiner der bürgerlichen Verleger will Däne sein.

Kahr wird befördert.

Die Kapitulation der bayerischen Regierung.

München, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Abwesenheit des Ministerpräsidenten Held, der zur Kur in Reichenhall weilt, hat der Ministerrat formell den Schluß zu einer Angelegenheit gegeben, die schon seit einigen Wochen eine fix und fertig beschlossene Sache ist, die man aber aus unbekanntem Gründen jetzt erst offiziell an die Öffentlichkeit bringen läßt: Die Ernennung Kahrs zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes. An seine Stelle als Chef der Regierung von Oberbayern tritt sein Vorgänger im Wechselgeschäftsamt, Staatsrat von Anzinger. Dieses Wechselgeschäft ist also nach außen hin der Schlußstein der Liquidation des 8. November 1923, die für die Bayerische Volkspartei Herr Held, bevor er das Regierungsruder ergriffen hatte, aller Welt verständigete. Damals wurde dieses Liquidationsprogramm dahin interpretiert, daß sämtliche Persönlichkeiten, die in die Ereignisse vom 26. September bis 8. November 1923 verwickelt waren, von ihren führenden Posten zu verschwinden hätten. Auch Kahr sollte in den Ruhestand versetzt werden. Er weigerte sich aber als unabsehbarer Beamter und erzwang Ver-

Wie's gemacht wird.

„Nationale“ Bühnen wider Willen.

Kürzlich wurde an dieser Stelle ein kurzer Überblick über die Theaterbemühungen der „nationalen“ Kreise gegeben. Der Artikel schöpfe aus einer — so sollte man meinen — ganz unanfechtbaren Quelle, nämlich der „Kreuz-Zeitung“, in der ein Herr Willy Bitterling-Dehe am 17. September in einem Aufsatz „Die nationalen Bühnenbestrebungen“ die verschiedenen neuen Gründungen Revue passieren ließ. Es scheint aber, daß dieser Herr Bitterling in seinem Bemühen, die deutschnationale Sonne am Berliner Theaterhimmel leuchten zu lassen, den Mund ein bißchen reichlich voll genommen hat. Das kann bei einem waschechten Deutschnationalen ja auch weiter nicht wunder nehmen. Einige der von Herrn Bitterling rühmend genannten Unternehmungen wollen jedenfalls von ihrer Einordnung in seine Liste nichts wissen. Von der „Deutschen Volksbühne im Rose-Theater“ hieß es in der „Kreuz-Zeitung“: „An der Spitze dieses Vereins stehen führende Persönlichkeiten der deutschnationalen und völkischen Bewegung. Die Oberleitung wird von dem deutschnationalen Schriftsteller Karl M. Jacobson ... geführt.“ Dazu schreibt nun Herr Jacobson an die Redaktion des „Vorwärts“ einen Brief, worin es u. a. heißt: „Ich war erstaunt, daß mich der Verfasser (des „Kreuz-Zeitungs“-Artikels) darin zum deutschnationalen Schriftsteller stempelte. Weiter war ich sicherlich noch viel erstaunter als Sie selbst, zu hören, daß „an der Spitze der Deutschen Volksbühne im Rose-Theater“ führende Persönlichkeiten der deutschnationalen und völkischen Bewegung stehen.“ Ich habe am 25. wegen dieses Artikels sofort mit Herrn Direktor Rose Rücksprache genommen, und Herr Direktor Rose erklärte mir dann auch, daß er niemals an die Gründung einer „deutschnationalen und völkischen“ Bühne auch nur gedacht habe, sondern daß es vielmehr nach wie vor sein oberstes Prinzip sei, jede Politik von seiner Bühne auf das strengste fernzuhalten.

Des weitern lehnt Herr Peterfon, der Leiter der „Goethe-Bühne“, seine Einordnung in die Reihe der Träger „nationaler Bühnenbestrebungen“ ab. Er erklärt, daß der Spielplan seines Theaters ein durchaus internationales Gepräge haben werde. Den von der „Kreuz-Zeitung“ genannten russischen Flüchtlingen, die mit ihm die Goethe-Bühne ins Leben gerufen hätten, ständen die als monarchistisch bekannte baltischen Kreise fern. Auch ist Herr Peterfon nicht, wie die „Kreuz-Zeitung“ schreibt, Leiter des „kaiserlich russischen Deutschen Theaters in Moskau“ gewesen, sondern Leiter des dortigen „Volks-Theaters“.

Das Lustigste ist aber wohl dieses: Am Schluß des Bitterling'schen Artikels stand noch ein besonderer Lobeshymnus auf eine „Deutsche Volksbühne in Eisenach“, die in der Uebersicht des „Vorwärts“ als nichtüberliefertes Unternehmen nicht erwähnt wurde. Von diesem „Verein Deutsche Volksbühne in Eisenach“ hieß es, daß er „es trotz der kurzen Zeit seines Bestehens fertig gebracht habe, die Theaterverhältnisse nicht nur Eisenachs, sondern ganz Westphalens an Grund auf zu reformieren.“ Der bis in die kleinste Stadt Gotha reichende gegenseitige Einfluß dieses einen Vereins beweist,

was eine verhältnismäßig kleine Gemeinschaft leisten kann...“ Nun gibt es aber in Eisenach tatsächlich gar keine „Deutsche“, sondern nur eine „Freie Volksbühne“, mit der Berliner Volksbühne im Verband der Deutschen Volksbühnengemeinschaft verbunden. Was Herr Bitterling von der „Deutschen“ Volksbühne schreibt, trifft durchaus auf die „Freie“ Volksbühne Eisenachs zu, die tatsächlich mit einem eigenen kleinen Ensemble in den letzten Monaten einen erheblichen Teil Westphalens mit guter Kunst versorgte und ihre Mitglieder auch von Zeit zu Zeit mit Sonderzügen zum Besuch der Oper nach Gotha führt. Und, daß natürlich diese Freie Volksbühne nicht im deutschnationalen Fahrwasser schwimmt, sondern politisch ebenso neutral ist wie die Berliner Volksbühne, sich aber gleich dieser auch stark auf die in der modernen Arbeiterbewegung lebenden Massen stützt, Sozialisten zu ihren besten Mitarbeitern zählt und in ihrem Spielplan auch Werke von Tolstoj und anderen gewiß nicht deutschnationalen Autoren führt.

Herr Bitterling hat recht: der Verein Freie Volksbühne in Eisenach zeigt wirklich, wie es gemacht werden muß, und man kann getrost mit den Worten schließen, die dieser edle deutschnationale Kämpfer seiner Schilderung des Eisenacher Vorbilds anhängt: „Behet hin und tut desgleichen!“

Anzwischen wird Berlin mit einer Hochstuf immer neuer Prospekte neuer „Kunstgemeinden“ überschwemmt, die dem Vorbild der Volksbühne die Idee der Befugnisorganisation abguckt haben, aber im übrigen von dem Geist, aus dem die Volksbühne hervorgewachsen, nicht einen Hauch verspüren lassen. Es handelt sich um reine Geschäftsunternehmungen, die ihren Gründern etwas einbringen sollen, die mit oft gar nicht einmal niedrigen, abgestuften Platzpreisen arbeiten, und die diejenigen, die sich einfangen lassen, teilweise Verpflichtungen recht bedenklichen Art auferlegen. „Kunstgemeinde des Mittelstandes“, „Theater- und Konzert-Vereinigung Groß-Berlin“, „Kunst- und Wirtschafts-Gemeinde“ usw., letzten Endes handelt es sich bei allen um nichts anderes als Kartenvertriebsstellen für die sonst nicht abzusehenden Plätze einiger Geschäftstheater. „Da wir durch große Abschlüsse in der Lage sind, trotz der enorm billigen Preise nur das Allerbeste zu liefern, so sind unsere Darbietungen nicht mit denen der zurzeit auch bestehenden Vereinigungen zu vergleichen.“ heißt es in dem Prospekt der „Theater- und Konzert-Vereinigung“. Ein Schmalzhändler könnte es nicht schämer sagen! Übrigens: die „Kunst- und Wirtschafts-Gemeinde“ handelt auch nebenher mit Schmalz, Stieselwägen, Unterböden und allen erdenklich sonstigen Gebrauchsgegenständen; sie gewährt dazu Rechtsberatung und freie ärztliche Behandlung. Ferner bildet sie ihre Mitglieder auf Wunsch zu „Preisstängern“ aus. Sie sorgt also im wahren Sinne des Wortes für alles. Ihr Prospekt muß den Eindruck erwecken, als ob es sich um ein gewaltiges Unternehmen handle (vier Telefonanschlüsse usw.). Dahinter aber steht — ein kleiner Kramladen mit einem geschäftstüchtigen Monogon.

Gegenüber solchen Gründungen und ihrer marktstreuerischen Reklame kann nur immer wieder betont werden: Wer die Gewähr künstlerisch wertvoller Darbietungen haben will, wer nicht Objekt eines lächerlichen Geschäftsmannes sein, sondern als Glied einer gemeinnützigen Vereinigung selbst mitwirken will am Aufbau eines

wahren Kulturtheaters — der gehört in die Volksbühne, die mit ihrer rühmreichen Vergangenheit, gestützt auf ihre 150 000 Mitglieder, mit ihrem ehelichen Willen, zwischen Volk und Kunst eine starke Brücke zu schlagen, alle Sicherheit bietet, daß dem Anstich an ihre Organisation keine bittere Enttäuschung folgt!

Gropius über das Bauhaus in Weimar.

Der Leiter des staatlichen Bauhauses in Weimar, Walter Gropius, sprach im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht über „Bedeutung und Wichtigkeit der Arbeiten in Weimar“. Sein ausführlicher und überaus wertvoller Vortrag war Belohnung für die, die sich befehlen lassen wollen, und Abwehr zugleich. Abwehr der Angriffe jener Leute, die das Institut und seine Arbeiten hauptsächlich bekämpfen, weil dem Ganzen ein großer und gesunder sozialer Gedanke zugrunde liegt, was ja gerade heute wieder vielen ein Grauel ist. Gropius zeigte zunächst ein paar historische Linien auf über die Entwicklung in der Welt überhaupt, er gab wertvolle kunstphilosophische Ausführungen und wandte sich dann der realen Arbeit des Bauhauses zu. Kunst und Technik, so ungefähr lautet er, müssen zu einer neuen Einheit zusammengeschlossen werden. Wie aber will das Bauhaus in Weimar dieses Ziel erreichen? Vor allem gilt es, wieder zurückzukehren zur harmonischen Einheit des Bauwerks, die allen Städtildern aus kulturell ausgeprägten Zeiten das Behagliche und Vorbildliche in das Unheil gebracht hat. Es gilt aufzuräumen mit dem Chaotischen in der Bauwelt, die, wie man es in den Berliner Barocken sehen kann, alle Stile und alle Materialien tumbar durcheinander verwendet. Jeder ist hier stolz, daß kein Haus ganz anders aussieht als das des Nachbarn. Um mit diesen Echeulichkeiten aufzuräumen, muß man inspizieren, typisieren allerdings nicht nach dem Muster englischer Vorortshäuser, wo es genau so aussieht wie das andere, modisch Schema und Rahmenbau entsteht. Typisieren heißt gleichzeitig auch individualisieren, heißt vor allem Rücksicht nehmen auf die praktische Anwendbarkeit eines Baues und einer Wohnung, heißt sozial denken und der Hausfrau alle unnötige Arbeit ersparen, indem man allen überflüssigen Schmutz und Schnörkel fortläßt.

Zur Erreichung dieses Zieles muß auch der Handwerker ausgebildet werden. Hier heißt es: energische Abkehr von dem sentimentalen Kunsthandwerk, das nur eins kannte, und zu wirken: die Verzierungen und das Ornament. Ob es mit dem Bt zusammenhängt oder nicht, darum kümmerte man sich nicht. Der Handwerker muß wieder neue Ideen haben und Entwürfe machen, Entwürfe für Gegenstände des wirklichen praktischen Bedarfs. Und dazu erzieht Weimar die Handwerker. Eine Fülle von Vorbildern unterstützten und unterstützten diese Ausführungen. Mit feiner Ironie wies Gropius auf jene, die die Arbeiten der Handwerker des Bauhauses nur betrüben und bespötteln, die nicht daran denken, daß ja auch das Handwerk des Mittelalters Zeit gebraucht hat bis zur letzten Vollendung. Auch in Weimar folgt man heute noch nicht, was wir machen, ist der Schlußstein und Schlußpunkt, sondern alles ist noch in Fluß und Entwicklung.

Zum Schluß sprach Gropius von der Politik, von jener reaktionären Politik, die mit rauher Hand sein Werk zerstören will und

handlungen, die nun mit der vollständigen Kapitulation der Regierung beendet haben, indem Kahr die Treppe hinaufgefallen und einer der obersten Richter in Bayern geworden ist, derselbe Kahr, der im Hilderprozeß als intelligenter und fleißiger Mann jammervoll zu Füßen der Volksschlichter gefallen hat, zufrieden darüber, daß man ihm nichts beweisen konnte. Mit Kahr als oberster Richter, der durch diese Schiebung erst im 68. Lebensjahre pensioniert wird, führt die bayerische Regierung zweifellos den Rest ihres Ansehens ein.

Gleichzeitig mit Kahr wird auch Knilling, der als bayerischer Ministerpräsident des Jahres 1923 die Hauptverantwortung für die hochverräterische Ereignisse in der Ordnungszelle Bayern trägt, rehabilitiert. Derselbe Ministerrat hat nämlich beschloffen, Herrn von Knilling zum Präsidenten der Staatsschuldverwaltung zu bestellen, dessen bisheriger Inhaber vor einigen Monaten auf Grund der Abbauperordnung pensioniert wurde. Auch diese Schiebung hat ihre Eigenart insofern, als Herr von Knilling im Verlaufe seiner Laufbahn als Beamter noch niemals mit dem Finanzwesen etwas zu tun hatte und bisher keinen Beweis seiner Befähigung auf dem Gebiete der staatlichen Finanzverwaltung erbracht hat. Kahr und Knilling begannen ihre neue Tätigkeit bereits am 16. Oktober.

Nationale Würde.

„Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzmann leiden.“

Das im August 1924 erschienene Heft der Zeitschrift „Die berrückte Küche (Kulinarische Blätter)“ enthält u. a. Speisekarten feudaler Herrschaften. Unter diesen Speisezetteln befindet sich u. a. auch folgender:

Festessen anlässlich des Besuchs
Er. Exzellenz des Generalfeldmarschalls von Hindenburg
auf einem märkischen Schloß.

Speienfolge.

Consommé de Courlande
Mousse de jambon de Westfalie
en gelée
Selle de mouton rotie aux primeurs
Salade de concombres au moutarde
Petit pois au beurre
Crème Parisienne
Roquefort glacé à la Chantilly

Frederksdorf, den 21. Juni 1924.

Das Französisch dieser Speisekarte ist erbärmlich schlecht. Aber die Tatsache, daß unsere franzosenfeindlichen Junker ausgerechnet bei einer Festlichkeit zu Ehren des alten Hindenburg solche mangelhaften französischen Sprachübungen zur Bezeichnung der gebotenen Schlemmereien treiben, bietet eine so anschauliche Illustration für die „nationale Würde“, wie unsere Junker sie auffassen, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Potsdämliches aus Hagen.

Hagen, 10. Oktober. (Zl.) Auf Veranlassung der Hager Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft soll am 15. Oktober in der Hager Stadthalle ein Vortrag des französischen Generals Berrau stattfinden. Die Vaterländischen Verbände Hagens haben eine Eingabe an den Polizeipräsidenten gerichtet, dem französischen General ein öffentliches Auftreten und Reden in Hagen zu verbieten.

Die „Telegraphen-Union“ versteht diese Meldung mit der Ueberschrift: „Es wird immer schöner“. Wir sind mit dieser ironischen Kennzeichnung durchaus einverstanden, nämlich hinsichtlich der blödsinnigen Gegenagitation der Vaterländischen. In der Eingabe an den Polizeipräsidenten fehlt unseres Erachtens die Aufforderung, die verurteilten Grabhändler des jüdischen Friedhofes in Hagen als die aktivsten und tüchtigsten Förderer des nationalen Gedankens wieder freizulassen, damit sie an der Sprengung der Berrau-Versammlung mitwirken können.

die ihm viele seiner Mitarbeiter zum 1. April vor die Tür gesetzt hat. Gropius sprach die Hoffnung aus, daß der thüringische Landtag in besserer Einsicht die Zertrümmerung eines Instituts verhindern werde, das Weltruf besitze, und er bat die Anwesenden, für das Weiterbestehen des Bauhauses einzutreten. Der überfüllte Saal lachte ihn mit lautem Beifall. Aber im Saal waren auch viele ehemalige konservativ-proletarische Professoren und Bauräte, die in ihrem beschränkten Untertanenverstand die geistvollen Ausführungen von Gropius, die sie nicht verstanden, kurz glaubten abtun zu können, und die sich während des Vortrages zügelten: Das ist ja alles Quatsch! — Es muß alles aufgehoben werden, daß Gropius und sein Werk nicht an der Borniertheit der Beamten scheitern!

Gefangenschaft Koberger d'Arguto. Die Leitung der Sturm-Abende hatte die Gefangenschaft Koberger d'Arguto für die Gestaltung einer ihrer Unternehmungen gewonnen. Alles in allem ein interessantes, fesselndes Erlebnis. Was d'Arguto da unternimmt, ist in doppelter Hinsicht von Wichtigkeit: für unsere musikalische und gesangliche Volksebildung und für unsere musikalische Fortentwicklung. Wer selbst die Schwierigkeiten kennen gelernt hat, die sich aufstürmen, wenn aus einer Masse nicht besonders musikalisch Vorgebildeter ein einheitliches, künstlerisch fähiges Instrument geschaffen werden soll, der weiß, welches große Glück über ihn gekommen ist. Natürlich bleiben noch Wünsche offen: größere Komplexität, vielleicht auch stärkere Bekämpfung des Soprans, mehr Vielseitigkeit und Schmiegsamkeit im Tenor. Daß hier aber noch mangelhaft wird, steht außer Zweifel. Dafür führt das, was man an den Einzelsängern des Chors beobachtet, die d'Arguto in Solofestungen herausstellte. An Komplexität und Gestaltungskraft leisten diese natürlich noch nicht, was Raum und Zuschauerzahl hier forderten. Sind es doch Stimmen, die mit ihrer Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen sind, ja überhaupt erst am Anfang ihres physiologischen Lebens stehen. Das Programm des Abends war von außerordentlichem Interesse. Man mag sich zu dem „antiken Gesängen“ fragen wie man will, ob solche Verluste eine Zukunft haben, das zu stellen ist müßig. Schon die Existenz einer ganzen Literatur, die die bearbeitete Logik fast ganz in der lebendigen Wirkung von sich wegschiebt, gibt so einem Laien immer wieder Döselrecht. Es ist mindestens ein Wea, die Mittel des Chors einmal in anderer Weise auszuküpfen. Ueberhaupt ist das der Wert der ganzen Vortragsfolge: endlich einmal der entscheidende Versuch auf dem Gebiete der Charakteristik etwas ganz Neues zu wagen und zu versetzen auf die übliche Höhe. d'Arguto wird als Stimmbildner seinen Chor weiter zur Höhe führen. Er hat den Mut, entschieden einmal etwas Neues zu versuchen, unbekümmert um Erfolg oder Mißerfolg.

Spezialänderung. Die Vermieter des „Lolli“ im Altona-Theater ist auf den 15. d. M. verschoben worden.

Prof. Dr. Koberger, der Exakter Museumsdirektor, ist zum Leiter der Kunstakademie in Düsseldorf berufen worden. Koberger, den die Berliner Kunstkreise von seiner Tätigkeit an der Nationalgalerie her kennen und schätzen, zählt zu den besten Kennern der modernen Kunst.

Die Organisation Consul.

Prozeßbeginn am 22. Oktober.

Celzig, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird am 22. Oktober der große Prozeß gegen die Organisation Consul beginnen. Auf der Anklagebank werden 26 ehemalige Offiziere der früheren kaiserlichen Marine erscheinen. Die Organisation Consul (O.C.) ist die Fortsetzung jener berüchtigt gewordenen Marinebrigade Ehrhardt, die der Hochverräter und frühere Kapitänleutnant Ehrhardt bereits Ende 1918 in Wilhelmshaven gegründet hatte und deren Stamm aus 300 Marineoffizieren bestand. Diese Truppe war bereits 1000 Mann stark, als Ehrhardt mit ihr am 27. Januar 1919 die von den Kommunisten besetzte 1000-Mann-Kaserne, in der die Räterepublik ausgerufen worden war, eroberte. Die Kommunisten hatten dabei sieben Tote verloren und ergaben sich darauf. Als die Regierung der Volksbeauftragten in der Abwehr der Umsturzversuche der äußersten Linken zur Bildung von Freikorps aufrief, wurde auch die Marinebrigade Ehrhardt als solches anerkannt. Später widerlegte sich Ehrhardt der von der Reichsregierung anbefohlenen Auflösung der Freikorps und bildete seine Brigade zum Machtwortzeug der rechtsradikalen Feinde der Republik aus. Auf sie gestützt, unternahm die Hochverräter am 20. März 1920 den Kapp-Putsch.

In dem bevorstehenden Prozeß haben sich die Angeklagten wegen Geheimbündelei zu verantworten, obwohl der begründete Verdacht besteht, daß die Angehörigen der Organisation Consul in unmittelbarem Zusammenhang mit den Mördern Erzbergers und Rathenau und den den Altentäuern gegen Scheidemann gefandenen haben. Die Anklage nimmt an, daß die Organisation Consul ihre Tätigkeit auch noch weiterhin ausübt hat, nachdem das Republikstchutzgesetz in Kraft getreten war.

Der Streit um die Bewährungsfrist.

Sitters Kaffee-Wirtschaft.

München, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts über die Bewährungsfrist für Hitler, Kriebel und Weber wird nunmehr im Wortlaut bekanntgegeben. Daraus geht hervor, daß das Oberste Landesgericht über zwei Beschwerden gegen den Spruch der Strafkammer entschieden hat. Der Beschluß des Obersten Landesgerichts lautet u. a.:

1. Die Beschwerde des Staatsanwalts wird insoweit verworfen, als sie darauf gerichtet ist, den Verurteilten Hitler, Kriebel und Weber die Bewährungsfrist hinsichtlich des Restes der ihnen durch Urteil vom Volksgericht vom 1. April 1924 zuerkannten Festungshaft im gegenwärtigen Zeitpunkt zu verweigern und jetzt die Bewährungsfrist zu widerrufen, die dem Verurteilten Hitler hinsichtlich des Restes einer gegen ihn durch Urteil des gleichen Gerichts vom 12. Januar 1922 wegen Landfriedensbruch ausgesprochenen Gefängnisstrafe (3 Monate Gefängnis, moonon Hitler nur einen Monat verläßt hat. D. Red.) zuerkannt wurde.

2. Die Beschwerde des Verteidigers des Verurteilten Weber wird verworfen.

3. Gegen Hitler und Kriebel wird im übrigen die Entscheidung über die Beschwerde des Staatsanwalts ausgefällt. In dem diesem Beschluß beigegebenen Gründen sind verschiedene noch nicht bekannte Einzelheiten angeführt. Einmal geht daraus hervor, daß das Oberste Landesgericht zuerst die Frage geprüft hat, ob das Volksgerichtsurteil vom 1. April den Verurteilten Hitler, Kriebel und Weber die Bewährungsfrist tatsächlich bewilligt oder nur in Aussicht gestellt hat. Hier schließt sich das oberste Landesgericht der Auffassung an, daß die Bewährungsfrist bewilligt wurde, zumal die Verurteilten selbst den Beschluß vom 1. April nach seinem Wortlaut und nach seiner Begründung jedenfals als Bewilligung einer Bewährungsfrist im Falle guter Führung während der Strafverfolgung der ersten 6 Monate aufzufassen konnten und ihn auch so aufgefaßt haben. Das Oberste Landesgericht hatte also nur noch zu prüfen, ob die Verurteilten durch ihr Verhalten nach der Beurteilung und während des Strafvollzugs die Erwirkung rechtfertigten, daß sie sich auch ohne die volle Vollstreckung der Strafe künftig wohlverhalten werden. Während noch am 15. September der Vorstand der Gefangenenanstalt Landsberg in einem eingehenden Bericht an den Staatsanwalt uneingeschränkt zum Ausdruck gebracht hat, daß die Verurteilten Hitler, Kriebel und Weber nach ihrem gesamten Verhalten während des Strafvollzugs sich der Bewährungsfrist würdig erwiesen haben, haben weitere Ermittlungen jene Schriftstücke zutage gefördert, die von den Verurteilten aus der Festung hinausgeschmuggelt wurden und die zum größten Teil politischen Inhalts sind, da sie sich zum Teil wenigstens auf verbotene politische Verbände und neu gegründete, gegen die bestehenden Gesetze verstoßende Organisationen beziehen. Deshalb mußte das Beschwerdegericht seine Entscheidung aussetzen bis zur hinreichenden Klärung der Strafsache „Frontbann“ durch das ordentliche Gericht. Der Senat wird seine Entscheidung als Beschwerdegericht treffen, sobald es ihm möglich sein wird. Zu diesem Zweck wird er von Zeit zu Zeit die zuständige Strafverfolgungsbehörde, also den Staatsgerichtshof, um die erforderlichen Unterlagen bitten.

Um die Aufwertung.

Rückwirkende Kraft für Hypothekenaufwertung.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner Freizügigkeit mit der dritten ihm vorgelegten Frage, inwiefern eine Rückwirkung der Aufwertungsmaßnahmen möglich ist. Ministerialrat Schlegelberger als Vertreter des Reichsjustizministeriums wandte sich mit starkem Nachdruck gegen den Gedanken, die Aufwertungsmaßnahmen der dritten, am 14. Februar in Kraft getretenen Steuernotverordnung zurückzubieten. Die Wiederherstellung einer bereits gelösten Hypothek führe zur Annullierung eines ordnungsmäßig abgeschlossenen Rechtsgeschäftes, erschüttere den öffentlichen Glauben des Grundbuches und störe die Kreditfähigkeit des Grundbesitzers, der bereits neue Belastungen übernommen haben könne. Die Abgeordneten Emminger (Daur. Bp.), Wunderlich (Dp.) und Herat (Dn.) widersprachen der Auffassung der Regierungsdirektoren. Sie gingen übereinstimmend davon aus, daß die Rückwirkung sich bis zum 1. Juli 1922 erstrecken solle. Meinungsverschiedenheiten bestanden über ihnen darüber, in welchem Rang die nachträglich aufgewertete Hypothek einzuschließen sei, ob an die erste Stelle, wie die dritte Steuernotverordnung es bestimmt, oder an eine spätere. Genosse Kolz wies darauf hin, daß jene Forderung sofort nach dem Erscheinen der dritten Steuernotverordnung die Rückwirkung bis zum 1. Juli 1922 beantragt habe. Der Ausschluß aller vor dem 14. Februar 1924 liegenden Forderungen von der Aufwertung werde von den Gläubigern um so härter empfunden, als sie durch die frühere ablehnende Haltung der Regierung in der Aufwertungsfrage zur Einwilligung in die Lösung hätten bestimmen lassen. Ueber die wirtschaftlichen Auswirkungen der Rückwirkung und namentlich einer Erhöhung der Aufwertungsquote, die sich beim fälligen Grundbesitz in der Steigerung der Mieten äußern werde, sei noch besonders zu reden.

Eine Zusammenfassung der Meinungen des Ausschusses wird erst erfolgen bei der Aufstellung der Leitsätze, die dem Volksausschuß vorgelegt werden sollen. Zu dem Antrag Derenburg, der die bei Herstellung neuer Scheidemünzen zu erwartenden Prägungsgewinne zur einen Hälfte dem Lutherischen Sozialfonds, zur anderen Hälfte den von der Inflation betroffenen Landesversicherungsanstalten und Auslandsdeutschen zuweisen will, erklärte ein Vertreter des Finanz-

ministeriums, daß die Finanzverwaltung über diese Gewinne bereits verfügt habe. Sie würden dringend gebraucht zur Bildung eines Betriebsfonds, ohne den die monatliche Zahlung der Beamtengehälter nicht aufrechterhalten und die Finanzverwaltung nicht ordnungsgemäß weitergeführt werden könne.

Am nächsten Dienstag wird sich der Unterausschuß mit der Frage befassen, wie eine Gleichbehandlung der Gläubiger der Sparkassen und Lebensversicherungen mit den übrigen Gläubigern möglich ist.

Ausweisungswut in Mecklenburg.

Jagd auf Staatenlose.

Aus Mecklenburg wird uns geschrieben:

Den Massenauweisungen fremder Staatsangehöriger jüdischer Religionsgemeinschaft, wie sie in Mecklenburg-Schwerin regierungsseitig betrieben wurden, hat das Ausland mit der Androhung von Gegenmaßnahmen, nämlich mit der Androhung von Massenauweisungen deutscher Staatsangehöriger aus nichtdeutschen Staaten wirkungsvoll entgegenzutreten können. Von solchen Massenauweisungen hat Mecklenburg absehen müssen.

Aber auch Einzelausweisungen mußten rückgängig gemacht werden, weil die davon betroffenen Ausländer die Konsulate ihrer Staaten um Schutz anriefen und diese auf einen Schlimmen anderthalte setzte, nämlich der beabsichtigten Ausweisung eines ausländischen Arbeiters oder kleinen Gewerbetreibenden — um solche handelte es sich durchweg — die Androhung der Ausweisung eines Gutsbesitzers deutscher Staatsangehörigkeit entgegenstellten. Das zog regelmäßig sofort bei der Landbundregierung in Schwerin, so daß die Angehörigen fremder Staaten nun auch Ruhe haben in Mecklenburg.

Über ausgewiesen muß werden in Mecklenburg. Und so ist man nun daran, nach sogenannten Staatenlosen zu schauen und diese Unglücksrümer über die Grenze zu bringen. Wo diese bleiben sollen? Was kümmert die Landbundregierung. „Juden raus!“ ist die Parole. Und hier sind Gegenmaßnahmen nicht zu befürchten. Bodurch die armen Leute „staatenlos“ geworden sind und daß die Ursache zum Verlust ihrer Staatsangehörigkeit häufig nur in den als Kriegsfolge eingetretenen staatlichen Gebietsoverschiebungen zu suchen ist, schert die „völkisch“ begnadete Regierung in Schwerin nicht. Es behält sie auch nicht, daß gerade Millionen deutscher Staatsangehöriger im Auslande eine Existenz suchen und finden müssen.

Der Landbund am Prange.

Klaglicher Zusammenbruch einer agrarischen Hege.

Am 7. Oktober wurde vor der Großen Strafkammer in Greifswald in zweiter Auflage der Helm-Prozeß verhandelt. Helm ist ein arbeitsamer „Arbeiter“ aus Hamburg, der nach der Revolution im Kreise Franzburg sein Unwesen trieb. Dabei zog er sich folgende Vorstrafen zu: Zwei Wochen Gefängnis wegen Diebstahls, zwei Monate Gefängnis wegen Urkundenfälschung — er hatte zwei Telegramme an sich selbst mit der gefälschten Unterschrift des Landrats Genossen Bülow geschickt, um im Kreise Usug damit zu treiben. Weiter bekam er drei Wochen Gefängnis wegen Betruges und elf Monate wegen schweren Diebstahls. Diesen Ehrenbürger und Zeitgenossen hatte sich nun die Kreisgruppe Franzburg des pommerischen Landbundes geschart, um ihre Hege gegen republikanische Beamte „mit stichhaltigem Material“ zu unterstützen. Helm hatte sich nach der Revolution das Vertrauen seiner Arbeitskollegen und der Genossen zu erwerben gewußt, bis er wegen strafbarer Vorgehen aus dem Landarbeiterverbande ausgeschlossen und von der Partei abgeschüttelt wurde. So wurde er „reif“ für den Landbund. Der Vorsitzende des Franzburger Landbundes, Rittergutsbesitzer Arnd Säufferl aus Langenhagen, brachte ihn zu dem Rechtsanwalt Dr. Witter in Stralsund. Dieses ehrenwerte Mitglied des deutschen Anwaltsstandes hat mit Helm eine eidesstattliche Versicherung zurechtgebracht, in welcher Helm folgende Behauptungen aufstellte: Er habe dem Oberpräsidenten zu Stettin, dem Regierungspräsidenten zu Stralsund und dem Genossen Bülow in Franzburg während der Zeit der Zwangswirtschaft Futter- und Lebensmittel gebracht. Butter, Käse, Eier, Schweinefleisch, ganze Schweine, aller Arten Mehl und Getreide und Futtermittel, nicht etwa pfund- oder zentnerweise, sondern ganze Ladungen. Zeug genug, nach dem genauen mit Angabe der Daten versehenen Verzeichnis, daß jeder der drei Beamten einen schmunzhaften Handel hätte beginnen können. Diese eidesstattliche Versicherung des Helm nahm der Säufferl, schickte sie an den Innenminister (wodurch er die Bescheidigungen vorbereitete) und denunzierte die drei Beamten bei ihrem höchsten Vorgesetzten. — Die Beweisaufnahme ergab: Mit dem Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten hat Helm in irgendeiner persönlichen oder mittelbaren Verbindung überhaupt nicht gestanden. Für die Wirtschaft des Genossen Bülow hat er einmal zweieinhalb Zentner Futterschrot, ein andermal zwei Zentner Futterschrot besorgt, nachdem Frau Bülow dieses Schrot für ihr Schwein und ihr Geflügel schriftlich bei ihrem Müller bestellt und die Versorgung des Brieses dem Helm, der bei dem Müller arbeitete (bei dem er später einen schweren Diebstahl beging) übertragen hatte. Das Landbund-Märchen, nach welchem diese Schrotlieferung mit der Schließung der Mühle in irgendeinem Zusammenhange gestanden haben soll, wurde vor Gericht zerstreut. Das Gericht hat urteilsgemäß festgestellt, daß von einer Beamtenbesetzung oder von einem Versuch keine Rede sein könne. Das gelieferte Schrot war beschlagnahmefrei. Ob sich tatsächlich darunter ein Zentner Gerste, die bewirtschaftet wurde, befunden haben mag, ist nicht erwiesen worden. Das Gericht hat festgestellt, daß Helm die falsche eidesstattliche Versicherung aus geminnstüchtigen Gründen abgegeben hat. Es wurde bewiesen, daß vier führende Mitglieder des Landbundes, darunter der Vorsitzende Säufferl und der Geschäftsführer Major a. D. Guse in Stralsund dem Helm erhebliche Zuwendungen gemacht haben, in bar mindestens 350 M. (vor der Inflation!), Erlaß von Reisegeldern und Reisekosten. Dann aber wurde ihm von Säufferl selbst eine Stellung in Aussicht gestellt, und zwar als Landbundsekretär. Helm wurde zu zwölf Monaten Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft verurteilt. — Die Ehrenmänner Säufferl, Major Guse und Genossen, Dr. Witter, können ja leider nicht verurteilt werden, weil das deutsche Reichsrecht Anstiftung zur verheimlichten Beleidigung ebensowenig kennt, wie Anstiftung zur Abgabe einer wissenschaftlich falschen eidesstattlichen Versicherung. So gehen sie denn feier aus, die Herren vom Landbund und ihr Vertrauensanwalt Dr. Witter, diese Fierde des pommerischen Anwaltsstandes — bis auf ein ganz außergewöhnliches Maß von öffentlichem Ansehen, das sie sich durch diesen Prozeß in allen Kreisen wohlverdient zuzueigen haben. Ob das Gericht sich befähigen wird, nach welchem diese Herren nun aus dem Landbund ausgestoßen werden sollen, das muß man abwarten. Das Ganze ist jedenfalls ein bezeichnender Ausschnitt — so ein kleiner Ausschnitt — von der Beamten-, insbesondere der Bülow-Hege, wie sie im Landbund in Vorpommern betrieben wird — dazu natürlich ein weiterer Beitrag für die stichliche Verwahrlosung des ostelbischen agrarischen Demagogentums.

Gewerkschaftsbewegung

Die Urabstimmung in den Gas- und Wasserwerken.

Der Schiedspruch vom 4. Oktober für die Berliner städtischen Gaswerke U. G. und die Berliner städtischen Wasserwerke U. W. ist abgelehnt. Von 5073 abgegebenen Stimmen waren 4562 für die Ablehnung und 472 für die Annahme des Schiedspruches, während 39 Stimmen unglücklich waren.

Das Abstimmungsergebnis läßt erkennen, daß die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke nicht gewillt sind, sich die acht- einhalbstündige Arbeitszeit aufzuringen zu lassen. Der Schiedspruch vom 25. September, der besagt, daß die reine regelmäßige durchschnittliche tägliche Arbeitszeit grundsätzlich acht Stunden beträgt, unterliegt noch dem Antrage auf Verbindlichkeitsklärung. Soll der ungestörte Betrieb in den Gas- und Wasserwerken aufrechterhalten werden, muß also von einer Verlängerung der Arbeitszeit über diesen ersten Schiedspruch hinaus abgesehen werden. Die Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung beselben bleibt abzuwarten.

Eine Streikgefahr besteht augenblicklich noch nicht, doch ist die Entscheidung der Besagten in der Frage der Arbeitszeit so ungewisshaltig, daß, wenn es nicht gelingt, auf friedlichem Wege die Bestimmung des Mantelvertrages, der ab 1. Oktober das Wiederinkrafttreten der achtstündigen Arbeitszeit vorseht, zur Geltung zu bringen, der Kampf unvermeidlich ist.

Da dieser Kampf aber auf dem Rücken der auf Wasser und Gas angewiesenen Berliner Bevölkerung ausgefochten würde, muß erwartet werden, daß nichts unversucht bleibt, ihm vorzubeugen. Das rücksichtslose Vorgehen der Werkdirektionen, die sich über den geltenden Tarifvertrag hinwegsetzen, hat die Arbeiterschaft aufs äußerste erregt. Noch ist es Zeit!

Einigungsvertrag im Mühlenarbeiterstreik. Heute Urabstimmung der Streikenden.

Wie bereits mitgeteilt, fanden Freitag vormittag die Verhandlungen beim Schlichter von Groß-Berlin wegen der von den Arbeitgebern beantragten Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 30. September statt. Der Schlichter machte einen Vermittlungsvorschlag dahingehend, daß für gelernte Arbeiter 36 M., für ungelernete 32 M. und für Frauen 21,35 M. gezahlt werden sollten. Gegenüber dem Schiedspruch bedeutet das eine Erhöhung der Löhne bei den ersten beiden Gruppen um je 1 M., bei den Frauen um 60 Pf. Der Vermittlungsvorschlag sieht weiter vor, daß, wenn der Teuerungszusatz um 8 Punkte über den Stand von 119 Punkten steigt, Lohnverhandlungen auch während der Laufzeit des Spruches eingeleitet werden können. Dieser neue Einigungsvertrag soll ebenso wie der Schiedspruch bis zum 31. Dezember Geltung haben. Es war weiter noch die Bestimmung vorgesehen, daß Nachregelungen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden könnten. Die Parteien haben eine Bedenkzeit bis Sonnabend mittag erhalten.

In einer Vollversammlung der streikenden Mühlenarbeiter beschloß die Schlichter vom Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter. Nach den Sitzungen des Verbandes ist nunmehr für heute, Sonnabend, vormittag eine Urabstimmung unter den Streikenden notwendig. Die Abstimmung wird in den Streiklokalen vorgenommen werden.

Eine falsche Behauptung.

Auf der Logung des Deutschen Beamtenbundes ist von dem Vorsitzenden Klügel die Behauptung aufgestellt worden, daß der Teil der Beamtenschaft, der sich an die freigewerkschaftliche Bewegung angeschlossen hat, mit seinen Bestrebungen gescheitert sei. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sei erledigt und ein unentbehrliches und bedauerliches Kapitel in der Beamtenschaft sei damit abgeschlossen. Tatsache ist, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund durch den Druck der Personalabbauprogramme und die reaktionären politischen Vorgänge, die vielfach auch wieder eine Rechtsorientierung der Beamtenschaft zur Folge haben, einige Verluste erlitten hat, er aber im übrigen innerlich völlig ungeschwächt dasteht und gar nicht daran denkt, die Sammlung der Beamten in einer von jedem Regierungseinfluß befreiten Gewerkschaftsbewegung, die eng mit den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zusammenwirkt, aufzugeben. Ein Beweis dafür ist sein Bundesorgan, die „Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung“, die in wenigen Monaten ihren Abonnentenstand vervielfacht hat.

Der Außerordentliche Verbandstag des Reichsverbandes der Justiz-Bureaubeamten lehnte nahezu einstimmig einen Antrag auf Austritt aus dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ab. Eine Entschiedenheit, die sich mit großer Schärfe gegen das vom Reichsfinanzministerium geplante Kontrollsystem der Kanzleibeamten aussprach, wurde einstimmig angenommen.

Arbeitervertretung im Aufsichtsrat.

Im Betriebe der Firma König, Kücken u. Co. (Metallindustrie) fand im April die Betriebsratswahl statt. An der Wahl beteiligten sich nur die Arbeiter. Die Angestellten blieben der Wahl fern. Als der so zustande gekommene Betriebsrat eine Vertretung im Aufsichtsrat der Firma beantragte, lehnte die Firma dies ab, indem sie den Standpunkt vertat: Da sich die Angestellten nicht an der Wahl beteiligten, sei kein Betriebsrat, sondern nur ein Gruppenrat (Arbeiterrat) zustande gekommen, der nicht befugt sei, die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zu vertreten. Nach § 5 des Gesetzes vom 15. Januar 1922 sei nur der Betriebs-

rat berechtigt, ein oder mehrere seiner Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Ein Betriebsrat bestünde aber bei der Firma nicht. Der Betriebsrat beantragte beim Arbeitsgericht (Kammer 10 des Gewerbegerichts) festzustellen, daß er berechtigt ist, ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Das Gericht gab diesem Antrage statt mit der Begründung: Wenn infolge Wahlenthaltung der Angestellten ein Gruppenrat nur für eine Arbeitnehmergruppe zustande gekommen ist, so hat dieser Gruppenrat gleichzeitig die Rechte und Pflichten des Betriebsrats. Diese Auffassung findet im § 78 B.R.G. eine Stütze, in dem bestimmt ist, daß der Arbeiterrat der Angestelltenrat oder wo ein solcher nicht besteht der Betriebsrat die Aufgaben usw. hat. Die gegenteilige Ansicht würde unbillig sein und nicht ermöglichen, daß der die Tätigkeit des Betriebsrats ausübende Gruppenrat von dem Recht der Entsendung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat Gebrauch machen kann. Der Gruppenrat, der hier mit dem Betriebsrat zusammenfällt, ist daher berechtigt, ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Wann kommt das Hausgehilfengesetz?

Ueber dieses Thema referierte die Landtagsabgeordnete E. Käbler in einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung der Hausangestellten am 8. Oktober in den Colibrihallen. Die Referentin wies zunächst darauf hin, daß das Gutachten über den Entwurf eines Hausgehilfengesetzes vom Reichswirtschaftsrat bereits Ende 1922 abgegeben und dem Arbeitsminister um übermittelte wurde, bisher von der Reichsregierung jedoch nichts unternommen worden ist. Trotzdem die Vertreter der Gruppenleitung wiederholt im Reichsarbeitsministerium vorstellig geworden sind, ist das Gesetz von den Gesetzgebenden Körperschaften nicht zur Verabschiedung gebracht worden. Es sei standstillig, daß an Stelle der Ende 1918 außer Kraft gefallenen Gesetze bis heute noch kein der Neuzeit entsprechendes Recht für den großen Hausangestelltenberuf geschaffen ist und die Angehörigen dieses Berufes gewissermaßen rechtlos dastehen. Die §§ 611—630 des B.G.B. Titel 6 Dienstvertrag, die heute für das Recht der Hausangestellten Anwendung finden, entsprechen den Ansprüchen und der Eigenart im Hausangestelltenberuf nur sehr mangelhaft und ungenügend. Es sei höchste Zeit, daß endlich für diesen Beruf die Rechtslage gesetzlich geregelt und in bezug auf das Verfahren über vorkommende Streitfälle, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, eine moderne Rechtsprechung unter paritätischer Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Hausfrauen und Hausangestellten, eingeführt wird. Vor allen Dingen muß die tägliche Arbeitszeit, die heute noch ohne Gewährung genügender Freizeit und ohne bestimmte Pausen in vielen Haushalten 14 bis 15 Stunden beträgt, auf 10 Stunden gesetzlich festgelegt und in bezug auf das Kost- und Logiswesen Bestimmungen im Gesetz aufgenommen werden, die als menschenwürdig bezeichnet werden.

In der darauf folgenden Aussprache, die sich recht lebhaft gestaltete, wurde über viele Mißstände geklagt und zum Ausdruck gebracht, daß es für eine der größten Berufsgruppen, die in der Volkswirtschaft an sich nicht unbedeutend ist, eine Schmach sei, gewissermaßen rechtlos dazustehen und noch wie vor als Paria behandelt zu werden. Was das Organisationsverhältnis anbelangt, soll jetzt in eine rege Agitation eingetreten und zur Klärung über die Rechtslage der Hausangestellten weitere öffentliche Versammlungen einberufen werden, für deren guten Besuch die Anwesenden versprochen kräftig arbeiten und agitieren zu wollen.

Neue Löhne bei der Straßenbahn.

Zwischen dem Deutschen Verkehrsbund, dem Deutschen Metallarbeiterverband und der Direktion der Berliner Straßenbahn G. m. b. H. ist es zu einem neuen Tarifvertrag gekommen. Die Löhne werden wie folgt festgesetzt: Vorarbeiter 77 Pf. pro Stunde, Handwerker 70 Pf., in der Hauptwerkstatt 68 Pf., Fahrer im Personenverkehr 60 Pf., im Post- und Güterverkehr 60 Pf., Schaffner und angelernte Arbeiter 60 Pf., ungelernete Arbeiter 53 Pf., Saisonarbeiter 49 Pf., Reumachfrauen 40 Pf.

Diese Löhne werden nach einer Beschäftigungszeit von einem Jahre gezahlt. Der Tarif sieht als Neuerung eine Staffelung der Löhne in Anfangslöhne, solchen nach drei- und nach sechsmonatiger Beschäftigung vor. Die Handwerker in der Hauptwerkstatt arbeiten außerdem im Akkord. Für Fahrer im Personenverkehr ist neu eingeführt eine Fahrzulage von 90 Pf. pro Tag, für Fahrer im Post- und Güterverkehr von 60 Pf. täglich. Die Frauen- und Kinderzulage beträgt wie bisher 3 Pf. pro Stunde, die Zulage für Einmannwagenfahrer beträgt 2 Pf. pro Stunde.

Die Erhöhungen der Stundenlöhne betragen beim Fahrpersonal 10 bzw. 6 und 5 Pf. pro Stunde, bei den übrigen Arbeitern schwankt die Zulage zwischen 2 und 7 Pf.

Eine Vollversammlung der im Straßenbahnbetriebe Beschäftigten nahm gestern abend zu diesem Tarifvertrag Stellung. Die Versammlung dauerte bei Schluß der Redaktion noch an.

Information für Metallarbeiter.

Zu der Mitteilung der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die wir in unserer Abendausgabe vom 4. Oktober veröffentlichten, schickte uns der Kommunist Franz Müller folgende „Berichtigung“:

1. Es ist unrichtig, daß ich mich den Kollegen in den Betrieben ausgeschlossen habe, daß ich wegen meiner revolutionären Tätigkeit ausgeschlossen sei. Richtig ist vielmehr, daß ich 26 Jahre im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert war und im Vorjahre gegen mich ein Ausschlußverfahren wegen meiner revolutionären Tätigkeit schwebte, welches aber einstimmig niedergeschlagen werden mußte und daß ich in diesem Jahre für nicht wiederannahmefähig vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt wurde, weil ich in der Union tätig bin.

2. Es ist unrichtig, daß ich am 19. August 1924 meinen Austritt aus dem Deutschen Metallarbeiterverband erklärt habe, richtig ist vielmehr, daß ich niemals meinen Austritt aus dem Deutschen Metallarbeiterverband erklärt habe, sondern daß ich mit dem Augenblick, da ich meine Beiträge in der Industrieorganisation, Gruppe Metall, bezahlt habe, automatisch nicht mehr Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband war, also nicht eine Woche mit meinen Beiträgen im Rückstand war.

Franz Müller.

Was M. hier „berichtigt“, dürfte kein Geheimnis sein. Er behauptet in der Berichtigung selbst, daß wegen seiner „revolutionären Tätigkeit“ gegen ihn ein Ausschlußverfahren geschwebt habe, behauptet also etwas, was er bestritten, behauptet zu haben. Das Untersuchungsverfahren wurde eingeleitet wegen eines Aufrufs des Vorstandes der K.P.D.-Fraktion der Metallarbeiter. Vor der Kommission legte M. jedoch, diesem Vorstande anzugehören, weshalb das Verfahren eingestellt wurde. Wie M. nun selbst schreibt, hat er seinen Austritt niemals erklärt, aber die Beitragszahlung „automatisch“ eingestellt. Sein Ausschluß mußte also wegen restierender Beiträge erfolgen. Das geschah, als am 19. August, als M.

bereits 10 Wochen im Rückstand war, dessen Frau dem Hauskaffierer des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte, ihr Mann sei aus dem Deutschen Metallarbeiterverband ausgetreten und zahle keine Beiträge mehr. Daß er Mitglied der Union ist, behauptet M. selbst. Unter diesen Umständen seine Aufnahme im Deutschen Metallarbeiterverband nachzudenken, ist eine „revolutionäre Tätigkeit“, für die den deutschen Arbeitern das Verständnis fehlt.

Leiden eines Kriegesbeschädigten.

Im Betriebe der Firma Siemens-Schuckert war ein Schwerbeschädigter beschäftigt. Er hat außer einem schweren Nerveneiden einen kranken Arm, unter dem er eine Stütze tragen muß. Beim Verlassen der Fabrik wurde er öfter angehalten, weil der Aufsichtsbeamte glaubte, der Mann trage ein Paket unter dem Arm. Die wiederholten Kontrollen und Visitationen ärgerten den Leidenden schließlich, denn er meinte, nachgerade könnten doch die Aufsichtsbeamten wissen, daß er nichts hinausbringe. Eines Tages, als der Leidende wieder die Kontrolle am Fabrikausgang passierte, griff ihn ein Aufsichtsbeamter an den kranken Arm. Das Verursachen des Leidenden Schmerzen, die auf seine nervöse Reizbarkeit davon einwirkten, daß er beleidigende Worte gegen den Beamten gebrauchte. In krankhafter Erregung beschuldigte der Leidende auch andere Fabrikbeamte, die aus demselben Anlaß mit ihm zusammengelernten. Wegen dieses Verhaltens wurde der Schwerbeschädigte fristlos entlassen. Da ihm eine Rückzugsfrist von vier Wochen zusteht, klagte er beim Gewerbegericht auf Schadenersatz.

Im Termin, nachdem die einleitenden Formalitäten erledigt waren, bekam der Kläger ganz plötzlich und ohne erkennbare äußere Veranlassung einen äußerst heftigen Anfall seines Nerveneidens. Er fiel einen gelbenden Schweiß aus, schlug um sich, taumelte und wäre zu Boden gefallen, wenn ihn nicht seine Frau und andere Personen gehalten hätten. Von krampfhaften Zuckungen geschüttelt und laut schreierend wollte sich der Leidende mit erhobenen Fäusten auf den Richter und den Vertreter der Firma stürzen. Nur mit großer Anstrengung gelang es, den Kranken zurückzuhalten und aus dem Zimmer zu führen. — Hierauf wurde der Termin wegen Verhinderung des Klägers vertagt und ihm empfohlen, zum nächsten Termin einen Bevollmächtigten zu schicken.

Der Vorgang im Gerichtszimmer machte einen äußerst peinlichen Eindruck. Ebenso peinlich ist es aber, wenn es eine ansehnliche Firma wegen einer für ihre Verhältnisse unerheblichen Forderung zum Prozeß mit einem Manne kommen läßt, den der Krieg körperlich und geistig zum Krüppel gemacht hat. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, daß sich die Firma möglichst doch mit dem Kläger vergleicht und ihm die Aufregung eines neuen Termins erspart.

Schiedspruch für die Nordwestliche Gruppe.

Dortmund, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Lohnverhandlungen am Freitag für die Nordwestliche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde vom Schlichter für Rheinland und Westfalen folgender Schiedspruch gefällt: Das geltende Lohnabkommen wird mit folgender Maßgabe verändert: Der Lohn der Höchsttarbeiter wird auf 48 Pf., der Tariflohn der Sacharbeiter über 21 Jahre auf 60 Pf. festgesetzt. Die anderen Löhne verändern sich im gleichen Verhältnis. Für die Akkordarbeiter erhöht sich die bisherige feste Zulage um 4 Pf. Die Regelung gilt vom 5. Oktober ab bis auf weiteres und kann mit einmonatiger Frist zum Monatsersten geändert werden. Erklärungsstermin ist der 14. Oktober. Bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit wurde von den Arbeitgebern der Antrag gestellt, ein Schiedsverfahren durchzuführen. Der Schlichter hat den Schlichtungsstermin auf den 16. Oktober anberaumt.

Neue Verhandlungen im belgischen Bergarbeiterstreik.

Paris, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach Redungen aus Brüssel steht die Beendigung des seit über zwei Monate dauernden Streiks der Bergleute in dem belgischen Kohlenbezirk Borinage jetzt endlich bevor. Im Beisein des belgischen Ministerspräsidenten hat am Donnerstag im Arbeitsministerium eine neue Zusammenkunft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern stattgefunden, die die Möglichkeit eines Kompromisses wahrscheinlich erscheinen läßt. Der belgische Arbeitsminister hat am Donnerstagabend den Vertretern der Bergleute mitgeteilt, daß er begründete Hoffnung auf eine rasche Beendigung des Konflikts habe. Die endgültige Entscheidung liegt bei der für Freitagabend zusammenberufenen Bergwerkskommission, in der beide Parteien paritätisch vertreten sind.

Es wäre tatsächlich an der Zeit, um auch mit den Bergwerksbesitzern ein ernstes Wort zu reden, die durch ihre Lohnstützungspläne den Konflikt verschuldet haben.

Der Streik in den Grazer Färbereien, der eine Auspeerrung der Arbeiter zur Folge hatte, ist beigelegt worden, und zwar durch Anerkennung des Grazer Schiedspruches, der eine fünfprozentige Lohnerhöhung vorsieht. Die Arbeit ist am Freitag wieder aufgenommen worden.

Deutscher Bauernverband, Fochgruppe der Köpfer. Der abgeschlossene Lohnvertrag für die Diensten in Berlin und Potsdam Brandenburg liegt gedruckt vor. Kollegen erhalten denselben wegen Verzögerung des Mitgliedsbuches zum Vorzugspreise von 50 Pf. im Bureau des Verbandes.

Schiffen, Kapitäne und Bootführer-Verband. Achtung, Kollegen! Sonntag, den 12. Oktober, findet eine Besprechung der Ausschüsse für „Eisenbahn und Reich“ in Seddin statt. Kollegen und Kollegen, welche dieser Interessen haben, treffen sich Sonntag früh 8 Uhr am Potsdamer Bahnhof.

Zeitung und jugendliche Arbeiter in der Metallindustrie. Am Donnerstag, den 16. Oktober, unternimmt die Jugendabteilung des Metallarbeiterverbandes eine Fahrt nach Seddin zur Besichtigung der Eisenbahntechnischen Ausstellung. Die Karten, die den einzelnen entfallen, sind sehr gering. Fahrgeld hin und zurück und Eintrittskarte 1,50 M. Diese Gelegenheit sollte von allen Jugendlichen benutzt werden zu ihrer Weiterbildung. Auch von den Arbeitgebern muß erwartet werden, daß sie demnächst, bei für diesen Tag um Urlaub nachsicht, keine Schwierigkeiten machen. — Reservationskarte und Teilnahme sind bis Dienstag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr unter Hinterlegung des Betrages in der Jugendabteilung oder Rechtsanwalts, Zimmer 4, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Schillerstr. 8/9, abzugeben. — Das Preisgeld ist am Sonntag, den 12. Oktober, abends von 6-10 Uhr, ebenfalls geöffnet. Die Ortsverwaltung.

Rechtsanwaltsbüro für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Dr. G. Müller; Freiwirtschaft: Dr. John Schmalz; Politik und Sonstiges: Hans Müller; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 63, Lindenstraße 2, Straß 2, Bellenberg.

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor

Mollige Ulster in den neuesten Formen fertig am Lager: M. 45, 49, 54, 60, 70, 80, 90, 100 Sportpelze — Edelpelze

Wenn Sie wüßten

wie sicher und bequem Sie Ihre Hühneraugen und Hornhaut durch „Lebewohl“



los werden, würden Sie sich nicht erst mit minderwertigen Mitteln herumärgern. „Lebewohl“ wirkt durch Filzring sofort schmerzstillend. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.

— Seit 20 Jahren bewährt. —

In Drogerien und Apotheken zu haben.

Verlangen Sie ausdrücklich Lebewohl mit Filzring!

Gute Qualität

geht über alles!

Maggi's Suppen sind aus erstklassigen Rohstoffen hergestellt und von höchstem Wohlgeschmack. Mühelose Zubereitung. Nur noch mit Wasser zu kochen. Die Würfel enthalten schon alles Erforderliche. 25 verschiedene Sorten. Ein Würfel zu 12 Pfennig reicht für 2 Teller. Kennzeichen: der Name Maggi und die rot-rote Packung.



Zur Amerikafahrt des Z. R. 3.

Aus der Geschichte der Zeppelin-Luftschiffe.

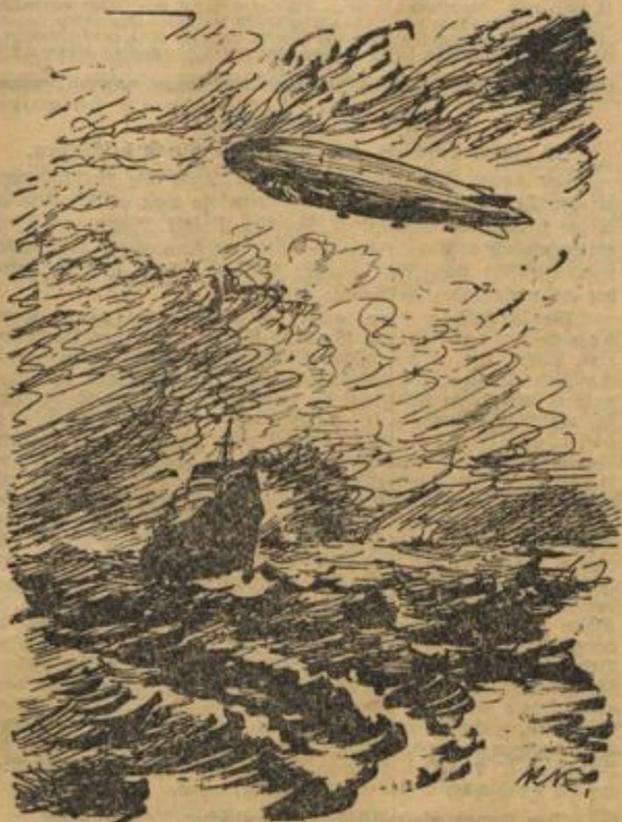
Der „Zeppelin“ Z. R. 3, das vollkommenste Luftschiff der Welt, wird heute seine große Fahrt nach Amerika antreten. Z. R. 3 ist das zweite Lenkluftschiff, das nach Amerika fliehet. Die erste Amerikafahrt führte das englische Startluftschiff R. 34 vom 2. bis 6. Juli 1919 aus. Es fuhr dann vom 10. bis 13. Juli wieder zurück. Die Fahrt begann in Edinburgh und führte nach New York. Sie dauerte auf der Hinreise 108, auf der Rückreise 75 Stunden. R. 34 war eine Kopie des deutschen Marine-Luftschiffes L. 49, das in der Gegend von Bourdeaux-les-Bains in die Hände der Entente geraten war.

Das Schicksal der ersten Zeppeline.

Lammfisch sind die Schicksale der Zeppelin-Luftschiffe gewesen. Zunächst hat man ihnen Erbauer verspottet. Der Staat hatte nicht das geringste Interesse an einer Sache, die so viele ehrenwerte Fachleute für eine ausgemachte Utopie anjahen. Erst als es schien, daß sich das Lenkluftschiff doch verwirklichen ließe, und daß es darüber hinaus dazu dienen könne, Tod und Verderben in andere Länder zu tragen, bequeme sich der Militärstaat dazu, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen. Es ist eine Tragödie der Menschheit, daß die genialsten technischen Schöpfungen nicht so sehr im Hinblick auf ihre friedliche, als vielmehr auf ihre kriegerische Brauchbarkeit geprüft und gewertet wurden und — noch werden. Die erste Zeppelin-Gesellschaft wurde 1897 mit einem Kapital von 800 000 M. gegründet. Das erste Zeppelin-Luftschiff flog am 2. Juni 1900 zu seiner ersten, am 31. Oktober 1900 zu seiner letzten Fahrt auf. Insgesamt hatte es nur drei Fahrten gemacht, die alle glücklich verliefen und die Brauchbarkeit des Luftschiffes darstellten. Das Geld war erschöpft: das Luftschiff wurde abgebrochen, seine Einzelteile als Altmaterial verkauft. Neben rein geliblichen Schwierigkeiten waren bei dieser ersten Schöpfung auch große konstruktive Hindernisse zu überwinden, da für den Bau eines solchen starren Ballongehäuses, in dem die verschiedenartigsten Belastungen austreten, noch nicht genügend Erfahrungen vorlagen. Z. R. 1 hatte einen Rauminhalt von 11 300 Kubikmetern, es war bei einem Durchmesser von 11,7 Metern 128 Meter lang. Seine beiden Motoren hatten eine Leistung von je 15 Pferdestärken und gaben ihm eine Eigengeschwindigkeit von 7,8 Metern in der Sekunde. Das zweite Zeppelin-Luftschiff, dessen Bau durch eine Lotterie in Würtemberg ermöglicht wurde, machte einige Probefahrten, wurde dann vom Sturm erfaßt, nach dem Allgäu verschlagen und mußte ebenfalls abgebrochen werden. Trotz dieses schweren Mißerfolges entstand sofort ein neues Schiff, L. Z. 3. Mit diesem endlich gelangten die Fahrten, die die Brauchbarkeit des Zeppelin-Luftschiffes so augenscheinlich darstellten, daß sich die Reichsregierung aus militärischen Gründen zur Förderung des Zeppelin-Luftschiffbaues entschloß. Auf das nächste Luftschiff, L. Z. 4, wurden große Erwartungen gesetzt, die sich auch zu erfüllen schienen. Nach anfänglich glücklicher Fahrt, die über Konstanz—Straßburg—Rannheim nach Stuttgart führte, wurde es zu einer Rollanbung bei Echterdingen gezwungen, die auch vollkommen glückte. Pöflich ereignete sich eine Explosion, die das Schiff vernichtete. Dieses Geschick erregte das Mißgefühl des deutschen Volkes in so starkem Maße, daß binnen kurzem nicht weniger als 6 Millionen Mark zum Bau neuer Luftschiffe durch Sammlung aufgebracht wurden. Das mit diesen Mitteln ausgeführte Schiff L. Z. 5, bei dem die Summe aller bisherigen Erfahrungen verwendet waren, hatte einen Rauminhalt von 15 000 Kubikmetern bei einer Länge von 136 Metern und einem Durchmesser von 13 Metern. Seine beiden Motoren indizierten zusammen 210 Pferdestärken. Seine Geschwindigkeit betrug 13,5 Meter in der Sekunde und es vermochte nach vollendeter Gasfüllung 4650 Kilogramm Nutzlast zu tragen. Eine glänzende Fahrt führte es von Friedrichshafen nach Bitterfeld. In Göttingen sollte der Brennstoffvorrat aufgebraucht werden. Bei der Landung stieß die Spitze gegen einen Kirschbaum und wurde eingedrückt. Trotz dieser Beschädigung wurde das Schiff glücklich durch die Luft nach Friedrichshafen geführt und hier ausgebessert. Der Umstand, daß das Gas nicht in einem einzigen Behälter, sondern in einer Reihe von nebeneinander gelagerten Zellen enthalten war, hatten das Schiff vor gänzlicher Zerstörung bewahrt. Es hat dann noch eine Reihe glücklicher Fahrten ausgeführt.

L. Z. 6 über Berlin.

Am 25. Oktober 1909 erschien zum ersten Male ein Zeppelin — L. Z. 6 — über Berlin und rief hier sowohl als während seiner ganzen Fahrt eine beispiellose Begeisterung hervor. Es war, als ob die Menschen von einem Taumel erfaßt waren. Die Zeitungen und Zeitschriften des In- und Auslandes waren voll von dieser Fahrt, die mehr als jede andere zu zeigen schien, daß die Luft endlich doch erobert war. Aus der großen Menge der profaischen und



poetischen Erzeugnisse, die das Erscheinen des Luftschiffes über Berlin auslösten, mögen hier folgende Strophen eines Zeppelin-Begeisterten wiedergegeben werden:

„Möcht es ihm gelingen,
Hald sei ihm das Glück,
Das vor allen Dingen
Heil er sehr zürück!
Denn bei Echterdingen
Flog er in die Luft,
Wurd' doch bei Göttingen
Die Spitze eingedrückt.“

Auch die Rückfahrt des L. Z. 6 von Berlin nach Friedrichshafen sollte sich nicht glatt vollziehen. Ein Schraubenbruch nötigte das Fahrzeug bei Bülzig in der Nähe von Bittenberge zum Niedergehen. Die Landung war recht gefährlich. Trotz aller mißlichen Umstände aber konnte das Luftschiff doch nach einer weiteren, fast eintägigen Fahrt seinen Heimathafen erreichen. — Nach vor Kriegesbeginn wurden einige Verkehrs-Luftschiffe gebaut, die mit großer Pünktlichkeit ihre Fahrten ausführten. Die Hauptzahl der Zeppelin-Luftschiffe entstand während des Krieges. Insgesamt wur-

den für die Zwecke der Zerstörung 66 Marine-Luftschiffe und 35 Heeres-Luftschiffe gebaut. Im Jahre 1918 wurden bereits Schiffe erzeugt, die in ihrer äußeren Befestigung sowie auch bezüglich ihres Rauminhaltes und ihrer Maschinenleistung sich dem neuesten Schiff Z. R. 3 näherten, das die Werftnummer L. Z. 126 trägt. Ein Teil dieser Kriegsluftschiffe ging verloren, ein anderer Teil wurde der Entente ausgeliefert. Einige dieser Schiffe haben damals recht bedeutende Fahrten gemacht. So flog z. B. das Transport-Luftschiff L. 59 von Jembol am Schwarzen Meer bis in die Nähe der Quellen und zurück. Es durchflog dabei 6500 Kilometer in etwa hundertstündiger Fahrt mit einer Nutzlast von 15 000 Kilogramm an Bord. Bei der Rückkehr hatte es noch Brennstoff für eine weitere Fahrt von 3000 Kilometern zur Verfügung. Dieses Luftschiff ist später verschollen.

Von der „Bodensee“ zum Z. R. 3.

Nach dem Kriege wurden nur die beiden Verkehrs-Luftschiffe „Bodensee“ und „Nordstern“ gebaut, die verhältnismäßig klein, aber mit starker Maschinenleistung ausgestattet sich als brauchbare Verkehrs-Luftschiffe erwiesen. Die im Jahre 1919 hergestellte „Bodensee“ hatte 20 000 Kubikmeter Rauminhalt, 18,7 Meter Durchmesser, 120,8 Meter Länge, vier Motoren von zusammen 960 Pferdestärken. Sie konnte 10 000 Kilogramm Nutzlast tragen und hatte eine Sekundengeschwindigkeit von 36,8 Metern. Sie mußte an Italien ausgeliefert werden, der „Nordstern“ ging nach Frankreich. Beide Schiffe sind dort in kurzer Zeit zugrundegegangen, da es dort sowohl an der Erfahrung in der Führung, als auch an der richtigen Behandlung der komplizierten Bauten mangelte. Grundsätzlich ist man in Amerika vorgegangen, das umfangreiche Geldmittel für die Förderung des Luftschiffbaues und des Studiums aller einschlägigen Verhältnisse bereitstellte. Amerika setzte bei der Entente den Bau des Z. R. 3 durch, bei dem alle Erfahrungen der Vergangenheit verwendet wurden und der auf Reparationskonten der Deutschen Republik geliefert wird. Z. R. 3 hat einen Gasinhalt von 70 000 Kubikmetern, er ist 200 Meter lang, sein größter Durchmesser beträgt 27,64 Meter. Seine Höhe vom Gondelpuffer ab gerechnet beträgt 31 Meter. Er soll 46 000 Kilogramm Nutzlast tragen. Seine 5 Maschinen, die zusammen 2000 Pferdestärken entwickeln, können ihm eine Höchstgeschwindigkeit von circa 126 Kilometer in der Stunde verleihen. Sein Körper ist zur Erreichung des geringsten Luftwiderstandes tropfenförmig gebildet. Als Brennstoff sind für die Dzeanfahrt 114 Benzinhälter von je 420 Liter Inhalt vorgegeben. Schmelzöl wird in 5 ebenso großen Behältern mitgeführt. Der Besatz wird in der vorderen, fest mit dem Treppengerüst des Schiffes verbundenen Gondel untergebracht. Die Motoren sind in 5 weiteren, ebenfalls annähernd stromlinienförmig geformten Gondeln montiert. Sie können vom Laufgang des Schiffes durch Leitern erreicht werden. Alle Geräte zur Leitung des Luftschiffes sind in der vorderen Gondel vereinigt. Sie steht mit den übrigen Teilen des Schiffes durch automatische Telephone bzw. Maschinen-telegraphen in Verbindung. Der für die Beleuchtung des Schiffes und die Funktion nötige Strom wird von Dynamos geliefert, die durch Windmotoren während der Fahrt getrieben werden. In der Fahrkabine und Führergondel ist Platz für circa 30 Fahrgäste. In ihr ist die Funkkabine, die elektrische Küche, Wachsraum und Abort untergebracht. Der Mannschaftsraum liegt im Innern des Schiffes im Laufgang, wo auch Ballast, die Lagerräume für Ersatzteile und anderes mehr zu finden ist. Die Hülle des Schiffes, in dessen Körper Gaszellen eingebracht sind, besteht aus Baumwollstoff, der in Längsböhen aufgebracht und mit Zellon imprägniert ist. Dem Zellon ist Aluminiumpulver beigegeben, dessen Farbe die Sonnenwirkung auf die Gaszellen vermindern soll.

Manche interessante technische Einzelheit siehe sich über das moderne Verkehrs-Luftschiff mitteilen. Möge es seine Fahrt nach Amerika glücklich vollenden und dort drüben noch lange den Zwecken des Friedens dienen. Möge es aber auch dazu beitragen, die Werkanlagen in Friedrichshafen vor der Zerstörung zu bewahren, die von der Entente gefordert wird. Wegen der Erhaltung dieser Anlagen, die jetzt nur noch den Zwecken des Friedens dienen, dürfte ebensowenig etwas einzuwenden sein wie gegen das Bestehen der Krupp'schen Anlagen in Essen, nachdem auch dort keine Zerstörungsmittel mehr erzeugt werden.

Auf der Zeppelin-Werft herrschte im Verlauf des Freitags fieberhaftes Treiben. Gegen Mittag erhielt die Besatzung Anweisung, ihr Gepäck zu verladen. Gleichzeitig wurde der Post mitgeteilt, daß das Schiff die bereitstehende Post für Amerika

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Und der erste Abend war doch so vielversprechend gewesen. Sie hatten es beide recht gemächlich zusammen gehabt, und sie hatte sich gesagt, so werde es bleiben. Als jedoch bei ihr der Schreck vorüber war und sie die schlimmsten Folgen des Ansturmes überwunden hatte, glitten sie wieder in ihre alte Stellung zueinander, und sie ahnte, daß er sich sein ganzes Leben ohne sie eingerichtet hatte und zurückgewonnen werden mußte. Aber wie — bei ihrem Trost? Zusammengeedrückt sah sie da und kratzte mit den Nägeln an ihrem Kleide, wobei sie innerlich in einem fort die Worte wiederholte: Berrücktes altes Weib, Zantteufel! Dann hob sie plötzlich ihr verwundenes Gesicht, und da stand draußen auf dem Dreieck der Akerbürger Dam und betrachtete sie. Er kam auf den Hof: „Was ist denn, Anna, ist dein Mann zurückgekommen, weil du so unglücklich aussiehst?“ Sie antwortete nicht, sondern machte sich daran, Splitter um den Haublock herum aufzusammeln. „Oder hast du vielleicht wider angefangen, dich nach ihm zu sehnen? Na, er kann ja noch kommen.“ „Das wäre nicht gut“, erwiderte sie mit fast fieberhafter Geschwindigkeit. „Na ja — ja. Hab' nur keine Angst. Ich werd' ihn schon nicht aus der Erde hervorzaubern“, sagte Dam beruhigend. „Er scheint übrigens gut verfaßt zu sein, wo er sich auch befinden mag.“ Brauer Dam beobachtete zu seiner eigenen Bewunderung, daß Frank's Verschwinden ihn befriedigte. Er hatte Frank nie leiden mögen, obwohl dieser ihm einen sehr wesentlichen Gefallen getan hatte, indem er Anna übernahm. Zum Teil lag das natürlich an der Erbärmlichkeit des Mannes. Aber er hatte nicht ausschließlich Verachtung empfunden; da war noch etwas zwischen ihnen. War's Eifersucht — gegenüber einem höchst ungefählichen Mitbewerber, den er, obwohl er es obendrein in der Hand gehabt, ihn niederzuschlagen, zu benutzen vorgezogen hatte? Er mußte lachen; doch ganz leugnen konnte er es nicht. „Dann sind es wohl Geldsorgen“, sagte der Brauer, der neugierig war, die Ursache ihres Kummers zu erfahren. Er betrachtete sie grübelnd, um auf die Spur zu kommen, während

er gleichzeitig darüber nachsann, wie wenig doch von der Herrlichkeit übrig war, nach der es ihn einst gelüftet hatte. Wie gut, daß er sich nicht über alles hinweggesetzt und sie bei sich behalten hatte, wie er es in der ersten dummen Eingebung tun wollte. „Will das Geld nicht reichen?“ „Das ist es nicht, der Junge rackert sich Tag für Tag ab, und jetzt kann unsereins ja auch wieder bald anfangen.“ „Ja, es ist ein verflücht stinker Junge, aber jetzt soll er ja bald konfirmiert werden, und dann müssen wir ihn fortgeben. Ich dente, wir schicken ihn auf die See; sollte es sich dann zeigen, daß er tüchtig ist, so wird sich wohl immer noch ein Ausweg dafür finden lassen, daß er kein Steuermannsexamen macht.“ Es ging Madam Frank durch und durch — sollte sie sich schon von dem Jungen trennen! „Ich glaube nicht, daß er Lust hat“, wandte sie ein. „Dummes Zeug! Er rennt ja immer nach dem Hasen und ist fortwährend auf der Fahrt. Du willst ihn natürlich nicht loslassen, du willst ihn bei dir behalten. Aber die jungen Leute haben was anderes zu tun, als an den Höfen ihrer Mutter zu hängen — wenigstens wenn was an ihnen ist. Und er ist nun einmal ein verflücht tüchtiger Junge, auf den wir beide, du und ich, eigentlich stolz sein müßten. Wenn das Junge stübe ist, verläßt es das Nest. Und wir zwei müssen sehen, uns darein zu finden.“ „Wir zwei —! Du und ich —! Sie sah ihn erstaunt an. „Glaubst du vielleicht, ich werde ihn nicht auch entbehren? Ich würde meine letzten zehn Jahre dafür geben, daß ich ihn anerkannt hätte; und ich begreife jetzt nicht, warum ich es nicht getan habe. Dann hätt' ich ihn um mich gehabt, anstatt heimlich hinzurennen und mir ihn anzusehen und so zu tun, als ob ich es auf die Schiffe im Hafen abgesehen hätte. Aber wenn die Tonne ausgelaufen ist, dann ist's zu spät, einen Zapfen einzusetzen. Nun müssen wir sehn, einen tüchtigen Menschen aus ihm zu machen, wenn er die Konfirmation mal erst hinter sich hat.“ „Wenn er bloß nicht zurückgewiesen wird, der Pastor hat's ihm angedroht. Er kommt nie in den Vorbereitungsunterricht.“ „So ein Schlingel! Dann kann ich begreifen, daß der Pastor ärgerlich auf ihn ist.“ „Rein, der Pastor sieht es am liebsten, daß er wegbleibt.“

„So so, die Liebe ist also gegenseitig! Da ja, Kopfhänger haben wir genug ohne ihn. Und wenn wir den Zapfen ein wenig schmieren, sollst du sehn, wie leicht es geht.“ Er reichte sich, um zu gehen. „Ach richtig, ich habe etwas Geld für euch auf der Sparkasse stehn. Du kannst es selbst abheben, wenn ihr es braucht.“ Madam Frank sah lange zusammengesunken auf einem Stuhl und döste niedergeschlagen vor sich hin. Der Gedanke, daß sie sich von dem Jungen trennen sollte, hatte sie vollständig gelähmt — so sehr, daß sie weder nachdenken noch richtig trauern konnte, obwohl es drückend genug auf ihr lastete. Und er hatte kein Mittagessen bekommen — denn damit, daß er bei Kirstine Paulsen zu essen bekommen würde, hatte es doch nichts auf sich; die sorgte ja nicht einmal ordentlich für Lars! — Nun zog Thorvald bald in die Welt hinaus, und dann dachte er an seine Mutter wie an eine Berrückte, die ihm das Essen verweigerte, obwohl er sich für sie abmühte. Mit einem Satz sprang sie auf und war draußen in der Küche, um Eierkuchen zu backen. Sie nahm ganze drei Eier; denn es konnte ja sein, daß er Lars auch kosten ließ — ja, sie wollte es ihm selber sagen, er solle mit Lars teilen. Dann goß sie eine dicke Schicht Sirup darüber und legte den Kuchen zwischen zwei Teller, während sie darüber nachsann, was er sonst wohl noch gern hätte. Sie konnte ja recht gut eine Ranne warmen Kaffee mitnehmen — wie die Frauen der Steinarbeiter es taten, wenn sie gut zu ihren Männern sein wollten. Aber Thorvald war keine Kaffeelasse, er war ein richtiger Mann, und sie sollten etwas Kräftiges haben. Brantwein etwa? — Nein, keinen Brantwein! Er trank ja auch keinen, selbst wenn er ihm angeboten wurde — Gott sei Dank! Sie steckte die Hand in die Kleidertasche und zählte ihr Geld ein paar Mal durch. Nun wußte sie, was sie wollte — sie wollte ein halbes Käßel Ahlbeeren von dem zu zehn Der kaufen; damit konnten der Junge und Lars sich stärken, wenn die anderen Arbeiter zur Brantweinfalche griffen. Sie steckte eine kleine Flasche zu dem übrigen in den Korb und eilte mit dem Essen davon, um zur Besperzeit im Hofen zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

einnehmen sollte. Am 1/6 Uhr abends meldete Kapitänleutnant Fiemming Dr. Eöner, daß das Schiff klar sei. Inzwischen hatte der Meteorologe der Westf. Dr. Kempert, auf Grund der von den Stationen Anapolis und Eifelstein eingegangenen Meldungen die Wetterlage zusammengefaßt. In Hand dieser Karte trat dann Dr. Eöner, Kapitänleutnant Fiemming und Diplomingenieur Lehmann zu einer halbständigen Konferenz zusammen, deren Ergebnis der Befehl war, Sonnabend früh 8 Uhr zur Amerikafahrt aufzusteigen, wiewohl sich die Wetterlage etwas verfinstert hatte.

Die Aufgaben der Zukunft.

Oberbürgermeister Böh über Berliner Kommunalpolitik.

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sprach Oberbürgermeister Böh über „Aufgaben der Berliner Kommunalpolitik“. Die sehr wichtige Frage der Steuern sei zurzeit schwer mit praktischem Nutzen zu erörtern. Der Londoner Markt mache eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nötig. Den Ländern und Gemeinden drohe ein bedeutender Ausfall an Einnahmen zum Beispiel jährlich 15 Millionen Mark an Umsatzsteuern. Trotzdem werde jetzt eine Herabsetzung der Werttarife durchgeführt. Berlin habe nach Stabilisierung der Mark sich wieder den Aufgaben der Zeit vor dem Kriege zugewandt. Ohne wirtschaftliche und gesundheitliche Hebung des Mittelstandes und der Arbeiterbevölkerung sei eine Wiederkehr besserer Zustände nicht möglich. Gelungen sei es, die Werte zu halten. Die Herabsetzung der Tarife werde weitergeführt werden können. Schwer sei in den letzten zehn Jahren die Straßenbahn vernachlässigt worden. Die Lösung der Verkehrsfrage gehöre zu den besonders wichtigen Aufgaben der Stadt.

Nur durch Mehrung der Untergrundbahnen sei den jetzt so übel empfundenen Verkehrsmängeln wirksam abzuhelfen. Durch Anleihen könne man die erforderlichen Mittel schwer beschaffen, ohne Zuschüsse aus Steuermitteln werde es nicht abgehen. Bei der Nordbahn habe die Stadt mit dem Weiterbau mehr Nutzen als die Privatgesellschaft bei der HCB-Dahn. Auch der Weiterbau dieser Bahn werde von der Stadt geplant. Berlin dürfe auf eine günstige Entwicklung seiner Wirtschaft rechnen. Vorläufig sei aber geboten, da man die Wirkungen des Londoner Paktes noch nicht übersehen könne. Das Wasserstraßennetz müsse leistungsfähiger werden. Durch ein Staubecken der Spree könne der Wasserstand reguliert werden. Berlin werde sich an dieser Aufgabe zu beteiligen haben. Stärkste Wirkung sei aber von dem Weiterbau des Mittelkanals zu erwarten. Auch auf dem Gebiet des Flugverkehrs habe Berlin die der Reichshauptstadt gebührende Stellung erlangt. Den Flughafen auf dem Tempelhofer Feld haben Stadt und Reich zusammen geschaffen. Die Stadt gebe davon, die Veranstaltung von Fachmessen zu erleichtern. Sie habe die Bedeutung des Rundfunkwesens erkannt und ihm in Berlin ein Zentrum geschaffen. Oberbürgermeister Böh streifte auch die Betätigung der Stadt auf dem Gebiete der Kunst. Die gesamte Arbeit, die Berlin jetzt leistet und von der es neuen Aufschwung erwartet, werde — so sprach der Redner — nach wohlüberlegtem Plan durchgeführt.

In der anschließenden Besprechung wurden allerlei Einzelfragen, besonders über die Verkehrsfragen, vorgebracht. Der Oberbürgermeister betonte im Schlußwort, daß die Stadt der polizeilichen Verkehrsregelung nicht untätig zusieht, sondern sich einen Einfluß auf sie zu verschaffen sucht.

Neue Bremsversuche der Straßenbahn.

Die am Donnerstag begonnenen Bremsversuche bei den Straßenbahnwagen wurden gestern durch die Aufsichtsbehörden in Gegenwart des Handelsministers Siering und des Berliner Polizeipräsidenten Richter fortgesetzt. Auf einer für den übrigen Straßenbahnverkehr gesperrten Strecke in der Roderstraße in Lichtenberg sind abermals eingehende Versuche mit leeren sowie verladen beladenen Wagen unternommen worden. Hierbei ergab sich, daß beide Bremsarten, die elektrische sowie die Luftdruckbremse, gleich gute Ergebnisse hatten. Interessant war, daß sich bei mehreren Versuchen, bei denen die Schienen durch Bestreichen mit Schmieröl schlüpfrig gemacht waren, die elektrische Bremse, mit der die meisten Wagen jetzt ausgerüstet sind, besser bewährte und kürzere Bremsstrecken zeigte. Nach Ansicht des beteiligten Fahrpersonals, dessen Vertreter ebenfalls vom Handelsminister Siering eingehend gehört wurden, soll die Handhabung der Luftdruckbremse bequemer sein. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Verminderung der Verkehrsunfälle bei der Straßenbahn mehr eine Folge der besseren und längeren Ausbildung des Fahrpersonals als eine Abänderung der Bremsarten sein dürfte. Die Entscheidung, welche Bremsart für die Folge im Verkehr benutzt werden soll, wird erst nach genauer Prüfung des Gesamtergebnisses erfolgen.

Segelflüge bei Rhinow.

Die Berliner Arbeitsgemeinschaft für motorlosen Flug trifft am kommenden Sonntag eine Veranlassung in Rhinow, um hier dem Berliner Publikum Gelegenheit zu geben, den Ausbildungslug im motorlosen Gleitflug zu beobachten. Ein günstiger Zug geht am Sonntag vormittag ab Friedrichstraße 9,51 Uhr, ab Zoo 10,7 Uhr. An Rathenow 11,50 Uhr, ab Rathenow mit der Brandenburgischen Städtebahn 1 Uhr, an Rhinow 1,45 Uhr, von dort Fußmarsch nach den Gollenbergen bei Rhinow etwa 20 Minuten. Eine bequeme Rückfahrsmöglichkeit ab Neustadt an der Dosse ist folgende: Ab Rhinow 5,42 Uhr über Neustadt a. d. A. Ankunft Berlin, Lehrter Bahnhof, etwas vor 9 Uhr abends.

Die „hellen Nächte“ kommen!

Die Berliner städtische Gaswerke A.-G. teilt mit: Um zahlreichen Anfragen aus der Bürgerschaft gerecht zu werden, geben wir bekannt, daß die uns obliegenden Arbeiten zwecks Ausführung des Magistratsbeschlusses zur Verstärkung der Beleuchtung in allen Bezirken bereits in Angriff genommen worden sind. Außerdem sind mit Rücksicht auf die uns bekannt gewordene Absicht des Magistrats, die Beleuchtung auf zwei Drittel des Friedensstandes zu erhöhen, sofort sämtliche Maßnahmen getroffen, um auch diesem Beschluß in Kürze gerecht zu werden, sobald die Bezirksamter die erforderlichen An-

gaben hinsichtlich der neu in Betrieb zu legenden Laternen gemacht haben. — Auch die Berliner Elektrizitätswerke haben mit den Arbeiten für die Wiederherstellung von zwei Dritteln der elektrischen Friedensstraßenbeleuchtung begonnen. Es handelt sich dabei darum, eine Anzahl in Verlust geratener Laternen wieder neu auszustellen und beschädigte Kabel wieder in Stand zu setzen und neue Lampen aufzuhängen. Die Arbeiten werden in allen Bezirken gleichmäßig durchgeführt werden. Die Berliner werden also hoffentlich in kürzester Zeit das Vergnügen haben, ihre Nächte wieder freundlich erhellt zu sehen.

Bezirksbildungsausschuß Gr.-Berlin SPD.

Sonntag, den 12. Oktober, pünktl. nachm. 3¹/₂ Uhr, im gr. Saale der Philharmonie, Bernburger Str.:

1. Festkonzert

Werke von Ludw. v. Beethoven u. A. Bruckner
Weihe des Hauses Ludwig v. Beethoven / Sinfonie
D-Moll von Anton Bruckner / Generalmusikdirektor
Germann v. Schmiedel / Das Philharmonische Orchester

Es folgen drei weitere Konzerte am 23. November 1924, 25. Januar 1925 und 16. März 1925. Einzelkarte 1,10 Gm., im Abonnement 0,80 Gm. Abonnementslisten und Einzelkarten liegen aus bei den Mitgliedern der Bezirksbildungsausschüsse, in allen „Berliner“-Spezialitäten, Magazinsgeschäften, Engelauer 24, 25, in allen Geschäften, wo Plakate ausliegen und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof

Der Aktienschwindel.

In einem Café am Zoo wurde die Flucht beschlossen.

Der große Aktienschwindel ist jetzt durch die Vernehmungen bei der Inspektion E. der Kriminalpolizei so weit geklärt, daß die bisher verhafteten Blumenthal, Gebrüder Jakob, Römer und Braun wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Sonnabend dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden können. Auch Werner Jakob hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Die Urheber der ganzen Schwindelaktion waren von Blumenthal und Boes. Jakob kam seiner Verhaftung nach hierin, als er mit seiner Victoria-Gesellschaft in Reischendorf Rot litt. Er war Geschäftsführer dieses Unternehmens geworden, weil er von seiner Tätigkeit für die Brandenburgische Girozentrale her als Bankfachmann galt. Die Victoria sollte künstliches Eisenblei, Zelluloid und ähnliche Sachen fabrizieren, hatte damit aber kein Glück. Sie wurde deshalb auf die Fabrikation von Radikwänden umgestellt und beschäftigt jetzt sechs bis acht Mann. Bei der Sanierung übernahm Jakob größere Verpflichtungen, weil er glaubte, sich auf den Aktienbesitz von Boes und Blumenthal stützen zu können. Daß diese Aktien gefälscht waren, erfuhr er erst vor etwa drei Wochen, also kurz vor dem Zusammenbruch. Er wollte sich jetzt mit 500 000 M., die er von der Brandenburgischen Städtebank zu bekommen versuchte, aus der Affäre ziehen. Das gelang aber nicht. Am Sonabend kam die ganze Gesellschaft in einem Café in der Höhe des Zoo zu einer Besprechung zusammen und überzeugte sich, daß nichts anderes übrig blieb, als womöglich das Weite zu suchen. Boes fuhr dann ein Auto ab und von einer Geburtsstunde mit einem anderen Manne zusammen, wahrscheinlich Wehrlich, ab. Nach Briefen, die seitdem hier eingegangen sind, befindet er sich bereits in London. Bei der Inspektion E. 7 melden sich noch ständig Leute, die den Schwindlern auf die gefälschten Aktien Geld gegeben haben.

Der Baron als völlig-antidemokratischer Propagandist.

Ueber das Vorleben des Aktienschwindlers Baron von Blumenthal weiß die B.C.-Korrespondenz folgendes mitzuteilen:

Der jetzt verhaftete Aktienschwindler Baron v. Blumenthal ist den Berichten kein Realist mehr, denn er ist bereits wegen Betrügereien vom Landgericht II zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Von Blumenthal III, wie bereits gemeldet, durch Adoption von Baron geworden. Im Kriege war er Bizelembel und Offiziersstellvertreter. Er gründete dann ein Verlagsunternehmen, das aber bald zusammenbrach. Dann versuchte er sich auf dem Gebiete von Filmunternehmungen größten Stils im Interesse der deutschvölkischen und antidemokratischen Propaganda und gründete eine Majestic-Film A.-G. Er trat auch in Verhandlung mit dem „Germanen-Orden“ und verlor es, das Vertrauen zahlreicher Offizierskreise zu gewinnen, denen er Anstellung versprach. Auf diese Weise ist eine große Anzahl von höheren Offizieren von dem Herrn „Generaldirektor“ hineingeleitet worden. Schließlich brach aber das Schwindelgebäude zusammen und der Baron v. Blumenthal wurde wegen Bilanzfälschung und Betruges in 15 Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Es gelang ihm jedoch, keine Haftentlassung zu bewirken. Dann verschwand er von der Bildfläche.

Koncert der Deutschen Kammer. Der Reichspräsident hat für das erste Konzert der Deutschen Kammer, in dem unter Leitung von Otto Klemperer die achte Sinfonie von Bruckner zur Ausführung gelangt, sein Erscheinen zugesagt.

Das Rundfunkprogramm.

Sonabend, den 11. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6.30 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe „Südamerika“. 1. Vortrag: Herr Dr. phil. Hugo Posthko, Buenos Aires: „In der Einsamkeit der argentinischen Pampa“. 8.30—10 Uhr abends: Kammermusik unter Mitwirkung von Agnes Lenbach (vom Stadttheater Hamburg). 1. Sextett für Klavier, Violine, Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott, Horn, James Simon, a) Allegro, b) Intermezzo (Anlante contemplativa), c) Fantasia über ein Motiv (Am Flügel: Der Komponist). 2. Zigeunerlieder, Brahms (Agnes Lenbach, vom Stadttheater Hamburg). 3. Septett op. 20 für Violine, Bratsche, Horn, Klarinette, Fagott, Cello und Contrabaß. 4. v. Beethoven, a) Adagio-Allegro con brio, b) Adagio cantabile, c) Menuetto in Trio, d) Thema con variazioni, e) Scherzo (Allegro molto vivace), f) Andante con moto alla marcia, g) Presto. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagemachtungen, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theatervorstellungen. 10.30—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Der Meineidsprozeß gegen Stadtrat Eggert.

Verurteilung zu zwei Jahren Zuchthaus.

In dem vor dem Schwurgericht des Landgerichts III verhandelten Meineidsprozeß gegen den Spandauer Stadtrat Eggert, den früheren Gemeindevorsteher von Staaken, wurde gestern noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten:

Die inzwischen vorgenommene Wohnungsbesichtigung bei der Belastungsgewinn Frau Bärmann hat ergeben, daß man durch den Briefschluß der Tür eine über den Tür gehende Person erkennen kann. Frau Bärmann hatte behauptet, sie habe in der Nacht des 15. Februar 1922 Eggert aus der neben ihrer Wohnung liegenden Wohnung der Fürstengrabenstraße herauskommen sehen. Vernommen wurde gestern noch eine Zimmervermieterin Schachert, bei der Eggert in der fraglichen Zeit gewohnt hat. Sie erklärte, daß Eggert nach ihren Beobachtungen (sie achtete sehr darauf, nur „solide“ Herren als Mieter zu haben) niemals über Nacht weggeblieben sei. Stadinspektor Köllke und der jetzige Bürgermeister Fischer aus einer Provinzialstadt, der früher in Spandau wohnte, bezeugten, daß sie sich gelegentlich bis in die Nachtzeit in der Wegger'schen Wohnung aufgehalten hätten. Beide bestritten aber unter ihrem Eid, jemals Geschlechtsverkehr mit Schwester Wegger gehabt zu haben. Fischers Besuch bei Frau Bärmann fand in der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1922 statt, in der Frau Bärmann, nach ihrer ersten Angabe, Eggert aus der Wohnung herauskommend bemerkt haben wollte.

Der Staatsanwalt hielt einen Besuch Eggerts bei Frau Bärmann für bewiesen und Eggert für überführt, in der Beschuldigung gegen Frau Bärmann einen wesentlichen Meineid gefestigt zu haben, indem er den ihm vorgeworfenen Besuch abgestritten habe. Wieder beantragte er, wie schon am Schluß des ersten Verhandlungstages, 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Justizrat Lüdicke aus Spandau, der Verteidiger Eggerts, bezweifelte die Zuverlässigkeit der Beobachtungen der Frau Bärmann und auch einiger anderer Hausbewohner, die in einem vor dem Hause bemerkten Manne den Stadtrat Eggert erkannt zu haben meinten. Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Johann, wies darauf hin, daß Eggert als Sozialist in Staaken nicht beliebt gewesen sei und die angelegenen Grundbesitzer zu Widersachern gehabt habe. Von keinen Gegnern sei auch das Geld gemeldet worden, das der Frau Bärmann für ihren Meineidsprozeß zur Beschaffung eines Verteidigers gegeben wurde. Beide Verteidiger beantragten Freisprechung. Der Angeklagte Eggert beteuerte in einem längeren Schlußwort seine Schuldlosigkeit. Er griff die gegen ihn aufgetretenen Zeugen als unglaubwürdig an. Gegen ihn habe in Staaken der alte Ortsteil sich mit der Gartenstadt geeinigt, so groß auch sonst ihr Gegensatz sei. „Sie können mich bestrafen“, schloß er, „und Sie haben dazu die Macht. Aber mein gutes Gewissen können Sie mir nicht nehmen.“

Nach einer Beratung von 40 Minuten verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dransfeld das Urteil. Das Gericht hielt für erwiesen, daß Frau Bärmann den Stadtrat Eggert aus der Wegger'schen Wohnung habe herauskommen sehen, wobei es gleichgültig sei, ob der von ihr angegebene Tag der richtige ist oder nicht. Er sei des Meineids überführt. Als Strafmaß wurde ihm angedroht, daß der bisher unbescholtene und sich eines guten Leumundes erfreuende Angeklagte durch eine mehrheitliche Auslosung sich selber belastet hätte, als straffähig aber, daß er in seiner Stellung die Pflicht gehabt hätte, durch einwandfreies Verhalten die Grundbesitzer des Staakes zu heilen. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Den Eindruck der Unsicherheit der „Beweise“, die der Prozeß gegen Eggert erbracht haben soll, kann dieses Urteil nicht schwächen. Wir glauben, daß Eggert schwerlich verurteilt worden wäre, wenn wir noch Schwurgerichte der früheren Art hätten.

Nicht nur in den Kreisen der Sozialdemokratie, sondern weit darüber hinaus hält man das Urteil für ein Fehlurteil und ist aufs äußerste über diesen Ausgang des Prozesses erregt. Stadtrat Genosse Eggert gilt als ein Mann, der eines Meineides nicht fähig ist. Davon ganz abgesehen kann offensichtlich von dem Gelingen des Wahrheitsbeweises nicht die Rede sein. Die politischen Hintergründe dieses Prozesses liegen so sehr auf der Hand, daß es nicht nötig ist, zu betonen, wie sehr sich dieser Prozeß in die Reihe all der Prozesse einreicht, in denen Sozialisten „zur Strecke gebracht“ wurden, weil sie Sozialisten sind.

Die Vergütung der städtischen Ärzte.

Am Donnerstag vormittag tagte der von der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathaus beantragte Ausschuß, der sich mit der Vergütungsneuregelung für die Assistenz- und Oberärzte der städtischen Krankenhäuser befaßte. Die Magistratsvorlage, die allerdings aus dem Juni dieses Jahres stammte, forderte eine erhebliche Kürzung der den Ärzten jetzt bezahlten Bezüge. Genosse Dr. Wenig wies darauf hin, daß die Arbeitslast der Assistenzärzte aus Rücksicht auf den Personalabbau und die Schwere der zu behandelnden Krankheiten gewaltig zugenommen hat; er beantragte, den Assistenz- und Oberärzten dieselben Bezüge zu bewilligen, die die an den staatlichen Kliniken und der Charité angestellten Ärzte erhalten. Dieser Antrag wurde auch von Herrn Kirchner, dem Vertreter der Deutschnationalen Partei, als wohlbedacht bezeichnet und schließlich von allen Parteien einstimmig genehmigt. Dann wandte sich der Ausschuß dem Teile der Vorlage zu, der sich mit den Arbeitsbedingungen der Rettungsärzte befaßte. Hier hatte auch der Magistrat eine Kürzung der Gehälter in Aussicht genommen. Der bisher ihnen bewilligte Urlaub von 14 Tagen war ebenfalls gestrichen worden. Genosse Dr. Wenig stellte den Antrag, die Gehälter der Rettungsärzte um rund 10 Proz. zu erhöhen und ihnen den Erholungsurlaub wieder zu gewähren. Auch dieser Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. Die sozialdemokratische Fraktion begründete ihre Anträge nicht nur mit dem Interesse für die bei der Stadt angestellten Personen, deren Arbeitsbedingungen vorbildlich sein sollten, sondern auch mit dem Hinweis, daß die Kranken nur von gut bezahlten Pflegern, Schwestern und Ärzten erfolgreich betreut und behandelt werden müssen.

Herbst- und Winter-Neuheiten

Herren-Ulster zweireihig, modern
Fern, schwere Qualitäten 42.-
Herren-Ulster zweireihig, m. Rechen-
gurt, modernes Flausch- und andere Stoffe 60.-
Herren-Paletots 1- und 2-reihig,
mit Samtkragen, marone u. schwarze Kattun. 45.-

Herren-Anzüge moderne Formen
und Farben, Homespun und Donegal 22.-
Herren-Anzüge la Qualität, Cheviot
und Kammgarn 38.-
Herren-Anzüge Krause Nr. Maß
Nadelstreifen und andere Muster 58.-

Gummi-Mäntel beste Gum-
mierung 17.-
Loden-Joppen warm gefüllt,
wollene Qualitäten 22.-
**Burschen-
Jünglings-Anzüge u. Ulster** 18.-

Kauf erleichtert durch bequeme Teilzahlung ohne Preisaufschlag!

Leske & Lehner, 78 Kottbuser Damm 78

Ecke
Pflüger-
Straße

Besichtigung der Konsumgenossenschaft.

Morgen, Sonntag, den 12. Oktober d. J. werden Besichtigungen der Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft in Pichtenberg stattfinden, und zwar: vormittags 8 1/2 Uhr für die Abgabestellen 22, 25, 32, 49, 57, 99, 104 und 117 (8. Abteilung); vormittags 9 1/2 Uhr für die Abgabestellen 8, 9, 20, 26, 27, 28, 35, 46, 81, 86, 102, 107 und 121 (1. und 14. Abteilung); vormittags 10 1/2 Uhr für die Abgabestellen 2, 44, 60, 67, 82, 90, 92, 110, 113, 114, 126, 142, 163 und 174 (4. Abteilung); vormittags 11 1/2 Uhr für die Abgabestellen 1, 5, 30, 31, 55, 116, 119 und 123 (5. Abteilung).

Alle Freunde und Gönner der Genossenschaft sind hierzu herzlich eingeladen! Die Besichtigungen finden für die betreffenden Abgabestellen pünktlich zu der angegebenen Zeit statt. Es wird gebeten, die Zeiteinteilung zu beachten.

Gustav Basse.

Am 11. Oktober jährte sich zum 75. Male der Geburtstag unseres alten Parteigenossen Gustav Basse. In selten körperlicher und geistiger Frische begeht unser Jubilar diesen Festtag. Die besten Grüße und Wünsche aller Derer, die ihn kennen und verehren, gehen heute zu ihm.

Gustav Basse, von Beruf Bohrer und Bedenrührer, war ein respektabler Kleinmeister im Rosenhofer Viertel. Und wer ihn an manchen Vormittag durch die Straßen der Rosenhofer Vorstadt streifen sah, ohne nicht, daß dieser Mann einer der damals so geachteten Sozialdemokraten war, der eine köstliche Ware, den „Fürcher Sozialdemokrat“, an die Genossen des 5. Kreises zu besorgen hatte. In ihm lebten mit einen von den vielen Tausenden, deren Namen in der Dessenlichkeit wenig genannt wurden, aber in schlichter Weise all die Kleinarbeit geleistet haben, durch die unsere Partei groß geworden ist. Er war aber nicht nur politisch ein Kämpfer, er war auch Gewerkschafter. Im Jahre 1885 gründete er mit noch einigen anderen Berufskollegen in Berlin den Verein der Bohrer und Bedenrührer. Durch das Vertrauen seiner Kollegen wurde er zum Vorsitzenden der Organisation gewählt, und später in den Zentralvorstand. Ebenso war er fast zwei Jahrzehnte Mitglied des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission. Als dann die Berliner Gewerkschaften sich unter der fröhlichen Mithilfe und der klugen Beratung unseres leider viel zu früh verstorbenen Genossen Dr. Leo Arons — dessen Todestag sich am 10. Oktober zum fünften Male jährte — in dem stolzen, fünfstöckigen Backsteinbau am Engelufer ein eigenes Heim schuf, da wurde neben den Genossen Dr. Leo Arons und Joh. Sassenbach auch Gustav Basse mit der Verwaltung des Gewerkschaftshauses betraut. Die mit allen hygienischen Einrichtungen der Neuzeit versehene Herberge wurde ihm anvertraut. Hier war Basse in seinem Element und es bis zum heutigen Tag geblieben. Seit 1900 verheiratet Gustav Basse mit seiner lieben Frau Anna unermüdet und unüberdrossen das häusliche Amt.

Wenn unter alter Gustav am heutigen Geburtstags im Kreise seiner Familie diesen Tag festlich begeht, dann wollen die Gedanken, verbunden mit den herzlichsten Glückwünschen seiner engsten Freunde, Partei- und Gewerkschaftsgenossen, bei ihm. Alle haben sie den Wunsch, daß Gustav Basse die Wiederkehr seines Geburtstages noch viele Jahre in gleicher geistiger Frische und körperlicher Rüstigkeit erleben möchte.

Genossenschaftsausschuss, SPD-Fraktion der Konsumgenossenschaft Berlin Sonntag, den 12. Oktober, pünktlich 9 Uhr vormittags: Fraktionsversammlung im Berliner Klubhaus, Dönhofsstr. 2 (nahe Jannowitzbrücke). Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung, Aufstellung der Kandidaten für die Ausschusssitzungen. Der Fraktionsausschuss.

Ungarische Sozialdemokraten! Sonntag, 12. Oktober, im Lokal Schulze, Eilbichstraße 30 Berlin. Parteibuch legitimiert.

Zur Errichtung und zum Unterhalt von Wärmehäusern hat der Magistrat beschlossen, 51.451 M. zu bewilligen. Auf den Bezirk Mitte entfällt mit 10.000 M. der größte Anteil. Danach kommt Kreuzberg mit 4000 M., Neukölln mit 4000 M., Treptow mit 4500 M., Pichtenberg mit 4000 M. und Reinickendorf mit 4800 M.

Kleinereinstellung. Der Aufguss- und Kleinstenstübchenverein Berlin O. I. veranstaltet seine diesjährige Schau am 11.-13. Oktober im Sauerhaus, Landberger Allee. Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., Kinder die Hälfte. Diese Ausstellung verspricht ganz besonders reichhaltig zu werden.

Englischer Sprachkurs (genossenschaftliche Arbeitsgemeinschaften) des Genossen O. Untrower, W. 57, Kurfürstendamm 21/22. Meldungen noch einmündig für Berlin SO., O., N. und Prenzl.

Fortwanderungen. Es wird hiermit nochmals auf den heute Sonnabend, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, in der König-Friedrich-Schule (Gammelsdorf), Friedrichshagen, stattfindenden Vortrag über Zweck und Ziel der Arbeitsgemeinschaft für Fortschritt und naturwissenschaftliche Studien aufmerksam gemacht. Alle Freunde der vom Sommer her bekannten Fortwanderungen, sowie alle Freunde des Waldes sind hiermit nochmals herzlich eingeladen.

Film „Schmiede“. Wenn beteiligten Genossinnen und Genossen zur Mitteilung, daß die Filmaufnahme für den Film „Schmiede“ nicht morgen Sonntag, sondern erst am Sonntag, 19. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, in Johannishof (Hofa) stattfindet.

Dr. Wolf vom Ägyptischen Museum wird ab 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Kunstschule des Westens, Rantstr. 154a, neun Lichtbildervorträge über Ägyptische Kultur und Kunst unter Berücksichtigung der Königsgräber Tutankhamon halten.

Der **Lesenort** hält auch für den morgigen Sonntag seinen Betrieb offen. Für den Abend ist für Konzert und Tanz in den Terrassen ein Künstlerorchester verpflichtet. Um 8 Uhr findet über dem Palast ein großes Feuerwerk statt. Sämtliche Attraktionen sind in vollem Betrieb. Die Eintrittspreise sind stark ermäßigt.

Die Feierstunde

der Sozialistischen Arbeiterjugend muß wegen technischer Schwierigkeiten im Großen Schauspielhaus von Sonntag, den 12. Oktober 1924 auf Sonntag, 26. Oktober 1924 verlegt werden. Die Karten behalten Gültigkeit. Der Bezirksvorstand.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Die Frauenverbewoche

Am 12. bis 18. Oktober 1924 wird eingeleitet durch die Bezirksfrauenkonferenz am Sonntag, den 12. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrnhuter, Pringler Str. 3 (nicht Sophien-Gäßle). Tagesordnung: 1. Die Frau im politischen Kampf. Ref.: Genossin Baum. 2. Der politische Gedanke in der sozialistischen Weltanschauung. Ref.: Genossin Sohm-Schub. 3. Die sozialistische Erziehungsarbeit. Referentin: Gen. Elisabeth Richter. 4. Die Kulturarbeit der Partei. Ref.: Genossin Todenbaum. Um Pünktlichkeit wird gebeten. Mitteilungs- und Funktionärliste legitimieren.

- 2. Kreis Kiergärten. 8. bis 13. Abteilung. Die Abteilungsleiter lesen Sonntag, den 12. d. M., neu der Formärtschriften, Währschlager Str. 45, das Material für Frauenverbewoche ab. Die Genossen haben sich frühzeitig zur Vorbereitungsarbeit einzufinden.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Erste muß die „Frauenverbewoche“ und die „Frauenhimmels“ ebenfalls werden bei Burg, Prenzlauer Allee 169.
- 7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Die juristische Sprechstunde findet von nun an wieder regelmäßig von 5-6 Uhr im Jugendheim, Charlottenburg, Köpenicker Str. 4, statt.
- 15. Kreis. Die Filmaufnahme der „Schmiede“ findet nicht am Sonntag, den 12. Oktober, sondern am Sonntag, den 19. Oktober, statt.
- 17. Kreis Pichtenberg. Sonntag, den 12. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr. Ehemaligen durch den Trepphof-Str. Friedrichshagen, unter Führung des Genossen Dr. Röhler. Treffpunkt Hauptausgang an der Trepphof-Allee.
- 18. Kreis Weißensee. Karten für unsere Parteiveranstaltungen für den Theater des Westens und des Staatsopertheaters sowie zum großen Konzert in der Wilhelmshalle sind beim Gen. Delni. Oßbierstr. 7, zu haben.
- Wichtig. Dr. Meißner, heute, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, wissenschaftlicher Vortragsabend für Beamte in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3. Thema: „Diktatur des Proletariats.“ Ref.: Gen. Schöns.

heute, Sonnabend, den 11. Oktober:

- 22. Abt. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, heute von 5-7 Uhr an der Verteilung der „Frauenhimmels“ sich schreibend zu beteiligen. Lokal Köpenicker Str. 45.
- 23. Abt. Bezirksabteilung am 6 Uhr bei Peter, Scherwinstr. 26, Material abholen.
- 24. Abt. Handzettel und Material zur Frauenverbewoche abholen bei Müller, Rosenthaler Str. 44.
- 25. Abt. n. 42. Abt. Handzettel und Material zur Frauenverbewoche abholen bei Köhler, Bergmannstr. 28.
- 26. Abt. Handzettel und Material zur Frauenverbewoche abholen bei Wolf, Gräfenstraße 24.
- 27. Abt. n. 44. Abt. Handzettel und Material zur Frauenverbewoche abholen in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3.
- 28. Abt. 7 Uhr wichtige Zusammenkunft der gewählten Odbner bei Sommer, Wiener Str. 25.

Morgen, Sonntag, den 12. Oktober:

- 7. Abt. Treffen zur Besichtigung der Konsumgenossenschaft früh 11 1/2 Uhr am Konsum, Pichtenberg, Rüterquellstraße.
- 8. Abt. Früh 9 Uhr Flugblattverteilung für die Verbewoche der Frauen bei Köhler, Wilmersdorfer Str. 34.
- 20. Abt. Realistin. Vormittags Besichtigung der Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg. Treffpunkt 10 1/2 Uhr am Untergrundbahnhof Rote, Charlottenburg.
- 114. Abt. Pichtenberg. Vorm. 9 Uhr in der Expedition Rosenkrans Empfangnahme von Werbematerial. Außer den Helferinnen haben auch die Parteigenossinnen zu erscheinen.
- 127. Abt. Reinickendorf-Bell. Vormittags 8 Uhr wichtige Flugblattverteilung. Alle Genossen und Genossinnen müssen sich daran beteiligen. Die Flugblätter liegen von Sonnabend nachmittag 4 Uhr im Volkshaus aus. Gruppe Schönhofstr. Vorabend, Sonntag, den 12. Oktober, in der Schönhofer Straße, Schulentlassungsfest, bestehend aus Musik, Rezitationen, Ansprache, Jugendspiel. Am Dienstag, 14. Oktober, Einführungsabend.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Abt. Genossin Gustav Reiche, Soldiner Str. 40, ist am 7. Oktober verstorben. Einbürgerung heute nachmittag 1 1/2 Uhr im Krematorium Gerlachstraße.

Weiter für Berlin und Umgegend. Zeitweise kalter und trockener, vormittags ziemlich warm, bei schwachen südlichen Winden. — Für Deutschland im der Küste einzelne leichte Regenschauer. Sonst überwiegend trocken.

Arbeiter Sport.

Arbeiterfußballspiele am Sonntag.

Am kommenden Sonntag stellt die Märkische Spielvereinigung wiederum annähernd 300 Mannschaften in die Kampfbahn. Alle werden sich bemühen, entsprechend ihrem Können die Aufgabe zu erfüllen: nicht allein für ihren Verein einen Sieg herauszuholen, sondern auch durch ihr Spiel auf dem grünen Rasen für die Arbeitersportler zu werden. Darum, Genossen, unterstützt dieses Bestreben durch euren Besuch und meldet die bürgerlichen Sportplätze. — Vormittags um 9 und 10 Uhr finden auf einigen Plätzen Jugendspiele statt. Nachmittags 1 Uhr beginnen die unteren Mannschaften, während um 3 Uhr folgende erste Mannschaften antreten: Bezirk Norden: Teutonia — Nordista, Christianiastr., Ecke Schwedenstr.; Vorwärts — Eisenplattler, in Hennigsdorf, Frontenstr.; Minerva — Alemannia, in Borsigwalde, Conradstr.; Elstal — Heegermühle, in Elstal bei Buxtehude; Adler 08 gegen Heegermühle, Andreas-Hofer-Platz; Union — Viktoria, Gemeindeplatz in Pantow, Pichelsamerder Str.; Helvetia — Staaken, auf dem Eger, Schönhauser Allee; Brieselang — MTV, Pantow, in Brieselang; Sportverein 22 — Bernau, in Eberswalde; Nord 24 — Actus, auf dem Eger; Adler 12 — Fichte Nord, Christianiastr.; Spandau gegen Rasthagen, in Spandau, Hallenberger Str.

Bezirk Osten: Adlershof — Alt-Blende, in Adlershof, Bismarckstr.; Germania — Flottenau, Rennbahn Weißensee; Johannishofener BC — Komel, in Johannishof; Lasdorf — BSV, 22, in Lasdorf; Frischfrei — Lichtberg II, in Niederschönheide, Berliner Straße; Kessendorfer — Merkur, in Kessendorfer; Fichte SO. gegen Oberpre, Fichteplatz, Baumfuhlenweg; Britannia — Konordia, in Lichtberg; Lichtberg I — Lustig-Fidel, in Stralau-Rummelsburg, Rynaststr.; Friedrichshagen — Stralan, in Friedrichshagen, Gemeindeplatz; Weißensee — Heria, Rennbahn, Weißensee; Treptower BC — Askania, Stadt, Spielfeld, Pflanzertwaid; BV, Köpenick — Sparta, in Köpenick.

Bezirk Südwest: Schöneberg — Brandenburg a. d. H., in Schöneberg, Dominicusplatz, Sachsenbaum; Teltow — Potsdam, in Teltow, Auguststr.; Kantow — Steglitz, in Kantow, Gemeindeplatz; Heria — Britannia, in Ludenwalde; Neukölln — Rüstig-Vorwärts, am Dammweg, unweit Köpenicker Heide; Stern — Frischauf, in Kariensfelde, Dorffstr.; Viktoria — Ludenwalde I, in Wilmersdorf, Kaiserin-Augusta-Str.; Wilmersdorf — Nowawes, in Wilmersdorf, Württembergische Str.; Ludenwalde II — Woltersdorf, in Ludenwalde; Berolina — Fußballring, Tempelhofer Feld (Neuköllner Seite); Neuköllner BC — Ruhlsdorf, Tempelhofer Feld (Hofenheide); Kreuzberg — Treptow, Tempelhofer Feld (Einlame Pappel); Jossen — Mariendorfer SC., in Jossen, Schützenhaus.

Arbeiter Sport und Kulturarbeit, 1. Bezirk, Friedrichshagen. Am Montag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, findet bei Richter, Röhrenstr. 114, eine wichtige Parteiveranstaltung statt.

Arbeiter Turnverein Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, außerordentliche Parteiveranstaltung in den „Sachsenhäusern“, Sophienstr. 17/18 (nicht Gewerkschaftshaus). Anfang Punkt 7 Uhr.

Lichtberg I — Lustig-Fidel. Am Sonntag, den 12. Oktober, treffen sich auf dem Platz in der Rummelsburg (am Bahnhof Stralau-Rummelsburg) obige Gegner zum fünften Serienkampf. Es haben sich zwei gleichwertige Mannschaften gegenüber und brauchen beide die Punkte, um an oberer Stelle in der Tabelle zu stehen. 3 Uhr: Spielbeginn der 1. Mannschaft, 9 Uhr nachmittags: Spiel der Schülermannschaft gegen Sparta, 10 Uhr: Karambolspiel der Schülermannschaft zum Spiel Treppen-Berlin, 11 1/2 Uhr: Lichtberg I gegen Fichte-Südost, 2. Mannschaft, 1 Uhr: Lichtberg — Lustig-Fidel, 2. Mannschaft.

Minerva 1 — Alemannia. Am Sonntag, den 12. Oktober, sehen sich zum fünften Verbandsspiel Minerva 1 — Alemannia I in Borsigwalde, Conradstr., gegenüber, Spielbeginn 3 Uhr. Vorher spielen die 2. Mannschaften. Die 3. Männermannschaft, ebenfalls die 1. und 2. Jugendmannschaften werden sich über Punkte von Kreis Turn- und Sport-Von Spandau abholen.

Sport.

Cool/Breitensträter unentschieden.

Der deutsche Boxsport verzeichnete gestern abend das bedeutendste Ringereignis. Der Überd war ausschließlich der Schwergewichten gewidmet. Das große Haus war bis auf den letzten Platz gefüllt. Breitensträter leitete mit dem festen Vertrauen auf seine harte Rechte in den Ring und stand der sein durchdrachten Technik Cools mit großem Vertrauen auf sein Können gegenüber. Mit erbitterter Härte suchte er ständig den Ringkampf. Es gelang ihm, den australischen Meister scharf anzusehen. Nach zehn Runden äußerst harten Kampfes endete das interessante Treffen mit unentschieden. Cool zeigte sich als ein Kämpfer von großem Können. — Der türkische Meister Sabri Rahir stand im Acht-Rundenkampf dem Europameister im Halbschwergewicht Clement gegenüber. Beide suchten sich mit unentschieden begnügen. — Der besser und schneller gewordene Rudi Wagener kämpfte gegen den harten und stinken Giuseppe Spalla einen heroischen Kampf. Nach acht harten Runden endete dieses Treffen gleichfalls mit unentschieden. — Im ersten Einleitungskampf Max Diekmann gegen Max Schmeling gaben die Sekundanten des letzteren den Kampf nach der vierten Runde für ihren Mann auf, wegen Aufschlagens eines Ader am Ohr. Der Wiener Maris mußte nach sechs harten Runden Diner den Punktiefg überlassen.

Wenn die Direktion des Sportpalastes es nicht für nötig hält, von sich aus etwas für die bessere Telefonverbindung mit der Presse zu tun, dann sollte die Vertretung der Sportpresse gemeinsam gegen die jegliche Krähwinkelerei vorgehen.



„Sie brauchen nur unsere Schaufenster zu besichtigen“!

10 Preise
in bar von 500 - 100 Mk.

240 Preise
von 50 - 10 Mk. in Gutscheinen,
die in jeder unserer Filialen in
Zahlung genommen werden

SW, Friedrichstr. 240/41 W, Schillstraße 16 NW, Turmstraße 41 N, Brunnenstraße 37
W, Potsdamer Straße 50 NW, Beusselstr. 29 NW, Wilsnacker Str. 22 N, Danziger Straße 1

veranstaltet ein

Preisausschreiben

Sie brauchen kein Geld einzuschicken

Sie brauchen nicht Käufer zu sein

Sie brauchen nur unsere Schaufenster zu besichtigen,
aus denen alles Weitere hervorgeht!

Tack & Cie A.G. Burg b.M.

Verkaufsstellen in Berlin und Vororten:

N, Friedrichstraße 130	O, Frankfurter Allee 22	C, Spittelmarkt 15	Potsdam, Brandenburger
N, Müllerstraße 3	SO, Oranienstraße 2a	C, Rosenthaler Straße 14	Str 54 / Charlottenburg
O, Andreasstraße 50	SO, Wrangelstraße 49	Neukölln, Bergstr. 30/31	Wilmersdorfer Str. 122/23

„Sie brauchen nicht Käufer zu sein“, trotzdem beachten Sie bitte gleichzeitig unser **billiges Angebot**

Damen - Halbschuh, gute Verarbeitung	690
Damen - Spangenschuh mit moderner Stülpebeschnehe	790
Herren - Schnürstiefel, echt Rindbox mit Zwischensohle, Original-Rahmenarbeit	1450
Herren - Schnürstiefel, in Boxkalf mit Zwischensohle, Original-Rahmenarbeit	1650
Mädchen- u. Knaben-Schulstiefel, kräftiges Rindbox, strapazierfeste Ware, Gr. 36/39	540
7,90, Gr. 34/35 6,90, Gr. 31/33 6,40, Gr. 29/30 5,90, Gr. 27/28	

Winter-Artikel
Alle Ausführungen in großer Auswahl zu billigsten Preisen.



NUR HEUTE

SONNENABEND

Verkauf nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

Fortsetzung des Verkaufs von

Teppichen, Gardinen u. Möbelstoffen

Table listing various clothing items and their prices, including Hemdbluse, Sportflanell, Winterjoppe, etc.

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater, Lessing-Theater, Komödienhaus, Berliner Theater, etc.

Walhalla am Rosenthaler Tor, Apollo Theater, Die erste große Revue Posse, etc.

KOMISCHE OPER, Diese Revue, Die berühmtesten Berliner Bühnenkünstler, etc.

Circus Busch, Circus Wien-Berlin, Unterhaltungs-Variété, etc.

Anzüge nach Kontrollmaass, Julius Fabian, etc.

Elite-Sänger, Hecht, Berliner Uik-Trio, etc.

Garderobe auf Teilzahlung bei kleinster An- u. Abzahlung, COHN, etc.

Rennen zu Hoppegarten, Casino-Theater, Kleines Th., etc.

Maßschneiderei J. Kurzberg, etc.

LUNA PARK, etc.

Berliner Konzerthaus, etc.

Gegen den politischen Personalabbau.

Der Antrag auf Abänderung der Abbauperordnung.

Der Landtag nahm gestern zunächst in zweiter und dritter Lesung den vom Zentrum vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung der Tarifstelle 58 des Stempelsteuergesetzes an und verweist den von den Demokraten beantragten Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes an den Verfassungsausschuß.

Abg. Hirsch (Soz.)

Begründet darauf den von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eingebrachten Antrag auf Annahme eines Gesetzes zur Änderung der Personalabbauperordnung dahin, daß zum Abbau eines Wahlbeamten die Zustimmung der Aufsichtsbehörde erforderlich sein soll. Das Gesetz soll mit Wirkung vom 1. September 1924 in Kraft treten. Redner polemisiert gegen die Beamten- und polizeistatistische Haltung der Deutschen Nationalen in dieser Frage und hält ihnen abermals besonders die Tatsache vor, daß lediglich, um den politisch mißliebigen Berliner Stadtschulrat Paulsen zu befehligen, die bürgerliche Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Person, nicht aber die Stelle abzubauen beschloßen habe. Man könne wirklich fragen, ob man in Preußen noch in einem Rechtsstaat lebe. (Lachen und Unruhe rechts.) Wenn noch halbwegs geordnete Zustände in Preußen herrschen, so verdammt man das in erster Linie den Sozialdemokraten (großer Lärm rechts); die Herren von der Rechten waren verschwunden. (Lachen rechts; Zuruf: Wo waren Sie denn?) An erster Stelle! (Lebhafter Beifall links.) Im Volke werde man die skandalöse Haltung der früheren Konservativen gegenüber dem Beamten nicht vergessen. (Anbauender lärmender Widerspruch rechts.) Mit dem System des Absolutismus einer herrschsüchtigen Kaste müsse endlich Schluss gemacht, die Achtung vor dem Gesetz endlich verwirklicht werden. (Beifall.)

Abg. Lüdtke (Dnall.): Der Vorredner hat uns vorgeworfen, wir hätten den ersten zur Abbauperordnung eingebrachten Gesetzentwurf zu Falle gebracht. Das ist nicht richtig; wir haben ihn in wesentlichen Teilen angenommen. Jetzt rufen Sie zu den Sozialdemokraten nach der Aufsichtsbehörde, die im Widerspruch zu den bestehenden gesetzlichen Vorschriften einseitig Beschlüsse von Stadtverordnetenversammlungen außer Kraft setzen soll. Und noch dazu soll dieser Bruch mit dem Bestehenden rückwirkende Kraft haben; man will also auch schon erledigte Fälle noch einmal zur Erörterung bringen!

Abg. Baumhoff (Z.): Es hat sich leider als notwendig herausgestellt, Schutzbestimmungen gegen den Abbau von Wahlbeamten aus politischen Motiven in die Personalabbauperordnung aufzunehmen. Tatsächlich ist auch in Reußland schlimmster Mißbrauch mit der politischen Macht getrieben worden. Der einzige bürgerliche Stadtrat dort ist abgebaut worden. Diesen Machenschaften, gleichviel von welcher Seite sie in Szene gesetzt wurden, muß ein Riegel vorgeschoben werden. Da die Rechte durch ihre Obstruktion die Verabschiedung des ersten Gesetzentwurfs verhindert, haben wir uns entschlossen, auf diesem Wege Remedur zu schaffen. Jedem Abgeordneten muß ein Rechtsmittel zur Seite stehen.

Abg. Meyer-Herford (D. Sp.): Wir haben untererleits „Obstruktion“ getrieben, weil wir den Rechtsboden aufrechterhalten wollten, den der sozialdemokratische Antrag völlig verschoben hätte, indem seine Annahme jeden weiteren Abbau von Wahlbeamten bis zum 1. Januar 1925 verhindert hätte. Wir wünschen heftigen Abschluß des Abbaues, aber aus politischen Gründen einen Stein aus dem Gebäude herauszunehmen, das sich nicht zu haben. Zur Verhinderung des politischen Mißbrauchs sind genügende Grundlagen vorhanden; die Abbauperordnung ist kein Disziplinalgesetz, sondern sie soll Ersparnisse herbeiführen. Der Antrag wird ja wohl einem Ausschuss überwiesen werden; dort mag man seine rechtliche und politische Tragweite gründlich prüfen. Rückwirkende Kraft muß auf jeden Fall ausgeschlossen sein. (Beifall bei der D. Volksp.)

Abg. König-Weisenfels (Komm.): Wir sind auch durchaus für Abbau, das heißt für den Abbau aller reaktionären, aller antirepublikanischen Beamten. Aber wie sieht es in Wirklichkeit? Wir hören, daß noch 90 Prozent aller Beamten des Ministeriums des Innern reaktionäre sind. In Wirklichkeit wird auch bei dem Abbau, wie er betrieben worden ist, nichts gespart; den Abgeordneten haben ebenbürtig und mehr Neuanstellungen gegenüber — man hat tatsächlich bloß mißliebige Beamte, Angestellte und Arbeiter entfernt. Die „Der Reiner“ bedeutet eine grundsätzliche Änderung des Standpunktes der Sozialdemokraten. Wir, untererleits, erheben den unbedingten Anspruch auf Vertretung unserer Partei nach ihrer Stärke auch unter den Wahlbeamten. Wir stimmen dem Antrag zu und sind mit Ausschussberatung einverstanden.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.) findet es merkwürdig, daß der Vorredner sich auf den Boden der Demokratie stelle; was er werde Roskau dazu sagen? Der Abg. Hirsch sei etwas zu weit gegangen, wenn er das Verdienst daran, daß die Beamten heute das Koalitionsrecht haben, allein für seine Partei reklamieren; Demokraten und Zentrum seien stets ebenfalls dafür eingetreten. Die alten Parteien der Rechten und die Nationalliberalen hätten ja den Beamten nicht einmal die Einsicht in die Personalakten zugestanden; noch heute spielen Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei mit dem Gedanken, den Beamten das Wahlrecht zu nehmen. Auch die heiligen bedeutungsvollen Erörterungen zeigen, wie sehr die Deutschnationalen auf dem Holzwege sind. (Lachen rechts.) Auch in Hannover haben die Rechtsparteien die durch die Gesetze gezogenen Schranken nicht respektiert. Sie sind aus politischen Gründen gegen Reiner vorggegangen.

Der Antrag wird darauf dem zuständigen Ausschuss übermiesen.

Die zweite Lesung des

Forstetats

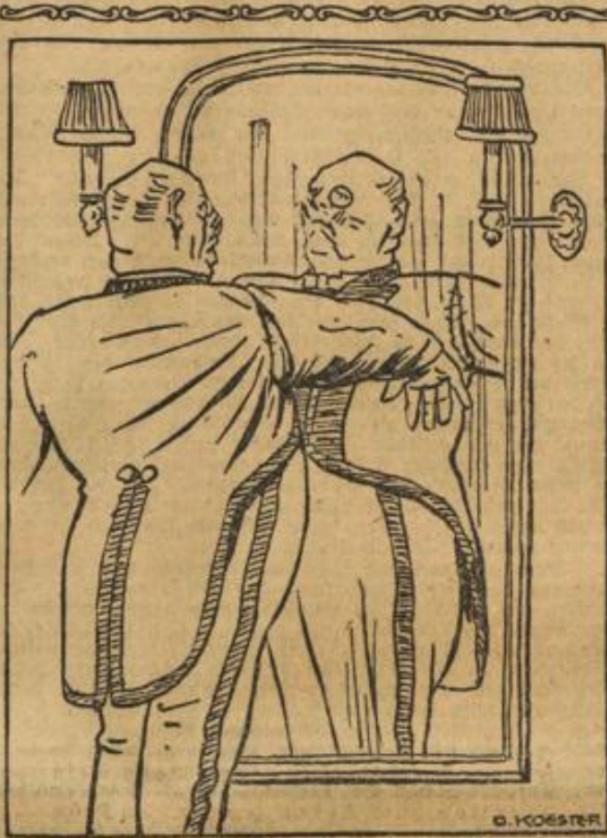
wird darauf fortgesetzt.

Abg. Brandenburg (Soz.) fordert, daß der Verkauf des Holzes durch die Bildung einer nach kaufmännischen Grundsätzen arbeitenden Betriebsgesellschaft möglichst einträglich für die Staatskasse gestaltet werde. Wir haben deutsche Arbeitslose im Lande genug, die sich für diese Arbeit durchaus eignen. Die Verwaltung hat einem Herrn Buchold die Ausbeutung eines großen Areals überlassen. Dieser Unternehmer schafft sich riesige Einnahmen aus Kosten der Land entworfen und übermäßig angestrebten Forstarbeiter; er hat kein Vermögen, und es heißt, die Löhne für die Arbeiter schicke ihm die Forstverwaltung vor. Es ist ein unwürdiger Zustand, einem solchen Mann so riesige Unternehmensgewinne zuzuschicken. Traut sich die Forstverwaltung nicht zu, diese Arbeit des Einschlags in eigener Regie auszuführen? Stellt die Forstverwaltung diesen Mißstand nicht ab, so behalte wir uns den Antrag vor, eine Untersuchung stattfinden zu lassen. — Die Wohnungsverhältnisse der staatlichen Forstarbeiter sind nach wie vor fast durchweg höchst mangelhaft.

Abg. Schmelzer (Z.): Im besetzten Gebiet haben die Franzosen durch ihre Ausschüsse leider einen sehr fühlbaren Ausschlag in den Einnahmen herbeigeführt. Den durch die Franzosen geschädigten privaten Waldbesitzern sollte wenigstens eine kleine Entschädigung gewährt werden. Die Forstbestände bei den Regierungen sollten in freierlicher Verfügung beibehalten werden; man darf die Forstverwaltung nicht ihrer bisherigen Selbstständigkeit berauben. — Der Antrag sollte auf eine einfachste Formel gebracht

werden und darf den Beamtenapparat nicht vermehren. — Der Holzschlag hat sich in den Staatsforsten in letzter Zeit durchaus nach dem Osten verschoben, was volkswirtschaftlich angesichts der Höhe der Bahnfrachten für den Westen sehr nachteilig wirkt. Preußen muß unbedingt im Vorstand der Reichsbahn-Gesellschaft einen Vertreter haben, der die preussischen Interessen wahrnimmt. Der Brandenburgische Vorschlag geht zu weit, ob sich mit dem Herrn Buchold alles so verhält, wie vorgetragen, ist doch zu bezweifeln.

Abg. Held (D. Sp.) bedauert die Abholzung großer Waldflächen, die vielerorts geschehen sei. Man müsse hier sehr vorsichtig sein. Der Redner wendet sich dann gegen verschiedene Erlasse, die vom Ministerium für die Forstbeamten ergangen sind. Er bringt



„Ich finde, daß mir dieser Volksgemeinschaftsrad ausgezeichnet steht. Die Richtlinien müßten allerdings erheblich geändert werden, besonders an der rechten Schulter.“

ferner eine Anzahl Beschwerden vor, unter anderem auch darüber, daß Beschlüsse des Landtages vom Ministerium nicht ausgeführt worden seien.

Abg. Dr. v. Winterfeldt (Dnall.) erklärt, daß der Minister nicht das Vertrauen seiner Freunde habe.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf

erklärt, daß der Haushalt durch die finanziellen Räte bedingt worden sei. Gerade die Einnahmen aus den Staatsforsten seien es gewesen, die uns über die schwere Zeit hinweggeholfen hätten. Daher seien die Einnahmen im Haushalt höher veranschlagt. Wenn die Ausgaben beschränkt werden müßten, so könne man hoffen, daß das in den nächsten Jahren wieder eingeholt werden könne. Wie groß der durch den Forstulenkraß entstandene Schaden ist, sei noch nicht festgestellt. Etwa 200 000 Hektar dürften allerdings vernichtet worden sein. Mit der Niederlegung der geschädigten Bestände müsse sehr vorsichtig verfahren werden, da eine Wiedergesundung vielfach möglich sei. Der Mehrertrag werde etwa 600 000 Hektometer betragen. Die größte Steigerung habe der Bezirk Frankfurt a. d. Oder aufzuweisen, aber auch in Siedlitz werde der doppelte Einschlag vorzunehmen sein. Mit dem Gewinn des Unternehmers, dem die Verwertung des eingeschlagenen Holzes übertrügen sei, sei es nicht so schlimm wie man annehme. Aufgabe einer Staatsforstverwaltung müsse es sein, den größtmöglichen Reinertrag zu erzielen. Diesen Weg habe die preussische Verwaltung beschritten. Die sozialen Maßnahmen werde das Ministerium auch im kommenden Jahre forsetzen. Löhne an Säulen und für Bedürftige werde auch für Siedlungs zwecke Holz zur Verfügung gestellt werden. Was die Stundungspolitik angehe, so konnte die Staatsforstverwaltung keine Maßnahmen treffen, die gegen die Finanzpolitik des Reiches gerichtet waren. Die Staatsverwaltung habe nicht so wie die Privatindustrie vorgehen können.

Abg. Stellerup (Komm.): Auch im Forsthaushalt sollen wir vor einer Katastrophe in die andere. Der Minister hat sich zu rechtfertigen versucht, aber ohne Erfolg. Seine Stundungspolitik hat den Staat in einem Jahre um 26 Millionen Goldmark gebracht. Die Lumpen von Holzhändlern haben auf Kosten des Staates unnützige Riesengewinne gemacht. Gewisse ostpreussische Oberförster haben mir keinen Rechenan einjährige Pachterträge abgeschlossen, die man geradezu als Schanddokumente bezeichnen muß. Die scribierenden Hochschläge üben einen unheilvollen Einfluß auf die Ertragsfähigkeit des Bodens und machen schließlich Missetaten zur Regel.

Abg. Barteld (Dem.): Die Rede des Abg. Held war doch recht wenig koalitionsfreundlich gegen den Minister. Herr Held ist einmal beim Landwirtschaftsminister nicht angenommen, mir ist das bei seinem Fraktionsgenossen, dem Kultusminister Boelke, öfter passiert. Der deutschvölkische Minister hat auch den Beschluß, in jeder Schulstufe eine Tafel mit den Abbildungen der Reichsfahnen anbringen zu lassen, nicht durchgeführt. Warum legt sich Herr Held nicht mit Herrn Boelke darüber auseinander, statt daß er mit der ganzen Wucht seiner Autorität den demokratischen Koalitionsminister Wendorf in so demagogischer Weise vor sein Forum und zur Verantwortung zieht? Würden die Deutschnationalen dem Minister Dr. Wendorf ihr Vertrauen beklunden, so würde ich seiner Amtsführung sehr skeptisch gegenüberstehen. Die weiten Flächen Deutschlands, die volkswirtschaftlich nutzbar gemacht werden können, dürfen nicht länger brachliegen.

Darauf wird die Beratung abgedrungen. Nächste Sitzung: Mittwoch, 15. Oktober, 1 Uhr: Weiterberatung und Antrag der Kommunisten auf Amtsentsetzung des Präsidenten Reiner. — Schluß: 5 Uhr.

Tagung der pazifistischen Studenten.

„Die Krise der Gegenwart“.

Am Donnerstag vormittag wurde der pazifistische Studentenkongress in der Hochschule für Politik in Berlin eröffnet. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Bundes pazifistischer Studenten Wolfgang Redding und einem kurzen Vortrag von Horace Thivet über die von ihm gegründete Pazifistenschule in Paris, in der er Lehrer pazifistischer Bestimmung ausbildet, ergriff das Wort Dr. Paul Honigheim zu einem längeren Vortrag über „Die Krise der Gegenwart“. Er führte im wesentlichen aus:

Die Forderung:

„Krieg dem Kriege“

berührt nur ein Teilproblem der Gegenwart. Wir müssen uns fragen, ob überhaupt unsere ganze heute übliche Einstellung zu den Dingen des Lebens richtig ist. Der Mensch von heute befindet sich in der Diktatur tatsächlicher und geistiger Bürokratie. Zwischen Mensch und Mensch schiebt sich eine rationale, verstandesmäßige Ueberlegung nach der Zweckmäßigkeit des Verkehrs untereinander. Von Familie und Staat schwärmt man im allgemeinen nur deshalb, weil die Zugehörigkeit zu ihnen für das eigene Wohlergehen vorteilhaft ist. Die satirische Ueberschätzung der Wissenschaft ist ein deutlicher Beweis für unsere jetzige Verarmung. Durch die immer weiter fortschreitende Mechanisierung werden die Menschen zunehmend verapparatiert. Diese Tatsache ist der Fall ins Leben, sie weist tatsächlich auf den

Untergang des Abendlandes

Untergang des Abendlandes hin. Bei der Suche nach dem Ausweg aus dem Chaos taucht zunächst die Frage auf, ist das Proletariat von heute fähig, eine neue Kultur hervorzubringen, ist die Jugend von heute anders als das Alter, doch Umsturz und Aufbau positiver Werte zu erwarten wäre? Andererseits erhebt sich die Frage, wer von uns könnte denn heute ein individuelles Wesen abstreifen und sich restlos einer „Gemeinschaft“ eingliedern? Die Antwort auf die heute zu lösenden Probleme kann nur lauten: Das Gemeinschaftsleben unserer Tage als auch das Gemeinschaftsleben vergangener Zeiten kommen für uns als Lösung der Krise nicht in Frage; vor Verflachung oder Verzweigung schützt nur Arbeit in gegenseitiger Ergänzung und Hilfe in der Erkenntnis, daß der andere anders ist als wir und dennoch das gleiche Recht zur vollen Persönlichkeitsentfaltung besitzt wie wir. Ein Pazifismus, der nur ein Kriegsaussetzer will, der nicht die restlose Umgestaltung der heutigen Ausbeutungswirtschaft erstrebt, ein Pazifismus, der nicht gleichzeitig Sozialismus ist, ist eine Halbheit. Mehr müssen wir aber auch tun, als z. B. die Zertrümmerung der alten Schule aller Grade. Unsere Zeit verlangt von uns

Gestaltung des Lebens in einem pazifistisch-sozialistischen Dasein.

Wir kommen nicht weiter, solange wir nicht selbst mit dem alten Menschen in uns gebrochen haben, doch wäre es falsch, dogmatische Formeln aufzustellen. Es gibt nur eine Prinzipienforderung: Jeder muß sich in dieser Zeit entscheiden, wie er in Zukunft sein Leben gestalten will. Jeder entscheide sich für oder gegen und wähle dann den seinem Wesen entsprechenden Weg.

Die mit außerordentlicher Anteilnahme aufgenommenen Ausführungen Dr. Honigheims lösten eine lebhafteste Diskussion aus. Am Nachmittag sprach Pfarrer Frosenius-Essenhem über „Neue Möglichkeiten internationaler Selbstabrüstung“.

Der zweite Tag des Kongresses brachte ein Referat von Rüstingmeier-Hagen über das Thema „Pazifismus und Jugendbewegung“. In der Diskussion führte Graf Harry Rejter u. a. aus, daß der Pazifismus die politisch-wissenschaftliche Form sei, um Energieverschwendung in der Weltwirtschaft zu vermeiden und daß er die einzig mögliche Basis sei, um alle vorhandenen Kräfte zum Heilen und matriellen Vorteil der Menschheit zu verwerten. Jeder Kampf um weniger sei ein gewaltiger Kräftegewinn für die Menschheit und für jedes einzelne Volk innerhalb der Menschheit. Es sei bezeichnend, daß selbst Rechtspolitiker wie die Professoren Hoeppich und Kahl sich politisch zu den Genfer Garantieverträgen stellen.

Rudolf Goldscheid-Wien sprach über die nach seiner Ansicht viel zu wenig beachteten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Völkern und Klassenangehörigen. Die pazifistischen Studentenbünde hätten eine sehr schwere Aufgabe zu erfüllen, da das Feld ihrer Tätigkeit unübersichtlich seien, an denen im allgemeinen eine nationalitätsreaktionäre, veraltete Wissenschaft gelehrt würde. Sie müßten sich daher auf eine Wissenschaft berufen, die noch keine offizielle Geltung besäße. — Ein Bildungsvertrag des Bundesvorsitzenden Wolfgang Redding über seine Beobachtungen im zerstörten Nordfrankreich lieferte eine gute Begründung der Forderung: „Nie wieder Krieg!“

Wirtschaft

Umbildung des Reichswirtschaftsrates.

Die Umbildung des Reichswirtschaftsrates ist in letzter Zeit lebhaft erörtert worden, und zwar konnte man es in weiten Kreisen der Wirtschaft schwer vorfinden, daß, nachdem der vorläufige Reichswirtschaftsrat bereits seine Gutachten über die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten, des endgültigen Reichswirtschaftsrates usw. abgegeben hatte, der Regierungsentwurf für den ordentlichen RWK nicht erschien. Die vorhergehenden Besprechungen, die sich an die Beratung des Entwurfs knüpften, treffen aber kaum zu, und die Erörterungen werden wahrscheinlich sehr bald nach der Vorlage des Entwurfs in ein profliches Stadium treten. Auch die Frage der Bezirkswirtschaftsräte wird kaum den normalen Gang der Dinge verzögern; das Gutachten des RWK, das ja die spätere Eingliederung der Vertreter der Bezirkswirtschaftsräte vorsieht, hat darin einen gangbaren Weg gewiesen.

Der bisherige Reichswirtschaftsrat ist naturgemäß nicht ohne Kritik geblieben. Der allgemeine Wunsch geht auf jeden Fall dahin, ihn stärker als Gutachterorgan, dem vor allem das volle Initiativrecht erhalten bleibt, hervortreten zu lassen. Auf dieser Linie würden sich ohne Zweifel die Vorschläge der Regierung mit den Wünschen der Wirtschaft treffen. Sehr wahrscheinlich ist auch damit zu rechnen, daß der in Vorbereitung befindliche Entwurf den oft erörterten Gedanken aufgreift, den Rezentenentwurf eines Gesetzes zum Reichswirtschaftsrat zuzusetzen, ehe er dem Kabinett vorgelegen hat. Im Interesse einer positiven Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates müßte das nur zu wünschen und weiter, um die Beziehung zwischen dem Gutachterorgan und der gesetzgebenden Körperschaft herzustellen, die Erndgültigkeit einer Einwirkung auf den Entwurf durch den Reichswirtschaftsrat, nachdem der Entwurf das Kabinett passiert hat und dem Reichstag usw. zugeleitet wird.

Der neue Reichswirtschaftsrat wird den an ihn gestellten Ansprüchen natürlich nur dann gerecht werden können, wenn er arbeitsfähig sein wird. Nach dieser Richtung wird sich denn auch der Entwurf in der Hauptphase bewegen müssen, und sicherlich werden seine entsprechenden Vorschläge Gegenstand der kommenden Erörterungen sein. Allem Anschein nach werden diese Vorschläge auf der Linie jener Maßnahmen liegen, durch welche die Verordnungen vom 4. Mai 1920, auf der sich der vorläufige Reichswirtschaftsrat ursprünglich aufbaute, infolge der durch die Inflation gebotenen Sparmaßnahmen eingeschränkt wurde, d. h. des Plenum wird mehr in den Hintergrund treten, während die Arbeit in den Ausschüssen mehr konzentriert werden soll. In der

Paris werden sich gegen heute wohl kaum Abweichungen ergeben, wenn es der Entwurf eventuell bei einem Wirtschaft-, Finanz- und sozialpolitischen Ausschuss bewenden läßt. Diesen Ausschüssen wird es natürlich freistehen, Unterausschüsse und Arbeitsausschüsse zu bilden und Sachverständige heranzuziehen. Unstritten scheint noch die Frage eines dauernden Enqueteausschusses zu sein.

In gewissen Kreisen wird nun der Gedanke propagiert, den Vorsitz in diesen Ausschüssen an ein nicht stimmberechtigtes Mitglied der Regierung zu übertragen. Die Absicht, die positive Arbeit dadurch zu fördern, mag zwar sehr gut sein, doch sprechen sich schwerwiegende Bedenken gegen sie. Diese Bedenken lassen sich um so mehr aus folgenden Erwägungen verstehen: Der Reichswirtschaftsrat von heute ist mit seinen 326 Mitgliedern zu zahlreich. Seine Verminderung, die aber nicht gleich auf 100 oder 90 Köpfe zu gehen braucht und dann die Arbeitsfähigkeit des Reichstags vernichten würde, wird also nicht zu vermeiden sein. Dazu kommt, daß viele bisherige Mitglieder des Reichswirtschaftsrats eigentlich doch in recht losem Zusammenhang zu den eigentlichen Problemen der Wirtschaft stehen, und der zweite und dritte Syndikus, der zum Wort laut, kaum anderes vortrug als die berüchtigte Verbandsmeinung, die schon der Vorgänger dargelegt hatte. Der Wunsch ist immerhin begreiflich, mehr Köpfe in den Reichswirtschaftsrat hineinzubringen, vor allem führende Wirtschaftler, die, wenn möglich, unabhängig im Konnex zur Wirtschaft stehen. Wenn der gute Zweck auch anerkannt wird, so ist nicht einzusehen, daß die beste Lösung gefunden werden soll, indem die Regierung wie bisher 10 Mitglieder, d. h. z. B. 10 Proz. des Reichswirtschaftsrates überhaupt, ernennen soll, während sich die Zahl der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus Landwirtschaft, Industrie usw. auf vielleicht je 25, die der Vertreter der Genossenschaften, des Handwerks usw. auf gut 20 verringert und die Vertretung der Beamten, freien Berufe usw. noch mehr einzuschränken wäre. Insgesamt würde diese Regelung eine Kräfteverschiebung zu Ungunsten der Arbeitnehmer bedeuten. Hier wäre es Aufgabe des Entwurfs, einen Mittelweg zu finden, der die Absicht der Heranziehung des führenden Wirtschafters erfüllt und die gebotene Parität, die eben eine Voraussetzung für eine erspriessliche allgemeine Arbeit ist, nicht verfehlt.

Ungenutzte Exportmöglichkeiten.

Die Förderung des Exports ist für Deutschland eine unabweisbare Notwendigkeit. Diese Tatsache wurde von den Unternehmern oft genug ausgesprochen, um berechnete Forderungen der Arbeiter zu entkräften. Nicht selten hat man die hohen Preise für Industriefabrikate, die eine Warenausfuhr unmöglich machen, auf den Stöck der deutschen Löhne zurückgeführt, ungeachtet des Umstandes, daß andere Exportländer viel höhere Löhne zahlen und doch leichter produzieren als Deutschland. Aber sehen wir einmal von dieser Streitfrage ab, so wirft sich doch die andere Frage auf, ob die deutsche Industrie ihrerseits alles tut, um die teils in der Vernachlässigung der deutschen Produktion, teils auch in den hohen Einfuhrzöllen der Fremdstaaten begründeten Exportschwierigkeiten zu überwinden.

Das ist längst nicht mehr der Fall. Zu den Beispielen, die wir dafür schon früher angeführt haben, werden jetzt weitere bekannt. So geht folgende Nachricht durch die Presse, ohne bisher bei den betreffenden Unternehmungen auf Widerspruch zu stoßen:

Für den Bau der Angora-Siras-Bahn sind an den Siemens-Konzern, an die Krupp A.-G. und an die Wendel-Happingen-Ehleren- und Schwelmenaufträge ergangen, die zum

Preis von 7 Pfund cist per Tonne zur Ausführung gebracht werden sollten. Krupp erhielt einen Auftrag über 150 Kilometer, die Wendel einen solchen über 120 Kilometer. Ein dritter Auftrag wurde der Handelsgesellschaft Hutten A.-G. deshalb erteilt, weil die genannte Handelsgesellschaft für 6 Pfund 19 Schilling cist pro Tonne liefern wollte. Es handelte sich hierbei um eine Bestellung, die den Wert von zwei Millionen Goldmark repräsentiert. Trotzdem die Hutten A.-G. für die Ausführung dieses Auftrages einen angemessenen Preis zahlen wollte, ja, es heißt, daß die Handelsgesellschaft sich mit einem geringen Gewinn abfinden lassen würde, fand sich kein deutsches Werk, das diesen Auftrag untergebracht hätte, so daß sich die Hutten A.-G. genötigt sah, den Auftrag nach Frankreich und Belgien weiterzugeben.

Auf das Ersuchen der Hutten A.-G. hat u. a. der Rüstungskonzern geantwortet, „es Gott sei Dank nicht nötig zu haben“, derartige Aufträge zu übernehmen. Erwägt man die Höhe von 2 Millionen Goldmark, die durch Ausführung des Auftrages, wenn auch ohne großen Gewinn, nach Deutschland geflossen wären, und zwar in einer Zeit wirtschaftlichen Stillstandes, was neue Beschäftigung für mehrere hundert Arbeiter für zwei Monate bedeutet, so ergibt sich der kleinliche Geist der Schwerindustrie, die einen Auftrag der Handelsgesellschaft nicht ausführen wollte, weil dieser anscheinend gewissen Grundfragen, über die man gerade jetzt streiten kann, widersprach.

Die Tatsache, daß Krupp und Stinnes die Aufträge entgegennahmen, obwohl der ihnen gebotene Preis nur um 1 Schilling = 94 Pf. pro Tonne höher war als derjenige, der der Firma Rüstner gezahlt werden sollte, beweist doch, daß von einer wirtschaftlichen Unmöglichkeit, der deutschen Industrie Arbeit zu verschaffen, nicht die Rede sein kann. Unfachliche Gründe sind es also, die noch immer manchen großen deutschen Unternehmer veranlassen, gebotene Arbeitsmöglichkeiten auszuschlagen. Die Arbeiter tragen dann die Folgen in erhöhter Arbeitslosigkeit.

Ein anderer Fall, in dem der vorliegende Auftrag nach dem Ausland zwar unter erschwerten Bedingungen ausgeführt, weitere Lieferungen aber abgelehnt wurden, fällt zugleich in das Kapitel Bekämpfung der Genossenschaften.

Der größte niederländische Konsumverein „De Boelharding“, s. Graevenhage, unterhält eine Kronentasse mit 50 000 Mitgliedern, eine Poliklinik und eine optische Abteilung, braucht also wissenschaftliche Instrumente aller Art. Wegen des Bezugs eines solchen wandte sich die Geschäftsleitung auch unlängst an die bekannte Firma Carl Zeiss (Jena), erhielt auch freundliche Auskunft, zu ihrem Erstaunen aber daneben die Mitteilung, daß die Firma „auf Grund ihrer Verkaufsbedingungen“ ihre Hilfsmittel nur durch optische Fachgeschäfte abgibt. Nach einiger Zeit kam die weitere Mitteilung, daß man „Boelharding“ den Weiterverkauf der Zeiss-Augenkorrektionsmittel nicht übertragen könne, da nach den eingegangenen Informationen „Boelharding“ nicht den Anforderungen entspreche, die für die Gewährung des Händlerstatus, der nur optischen Fachgeschäften zustehen, gestellt werden müßten. Den fraglichen Auftrag werde man zwar ausführen, aber nur unter Beachtung des Benutzerpreises. Für die Zukunft müsse das Zeiss-Werk Lieferungen überhaupt ablehnen. Warum, das wurde in einem letzten Schreiben klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Es heißt dort u. a.:

Wenn wir nun auch nicht daran zweifeln, daß Ihre Vereinigung ein optisches Ladengeschäft betreibt, so bedauern wir es doch, dieses nicht als bezugsberechtigt anzuerkennen zu können, weil wir an Einkaufsgenossenschaften grundsätzlich nicht liefern, was eine Folge unserer Preispolitik ist. Ihre Institution stellt nach den uns zugegangenen Informationen eine Konsumgenossenschaft dar, deren Mitglieder durch den Zusammenschluß Vorteile genießen, sei es nun durch niedrige Preise oder durch Ausschüttung irgendeiner

Dividende am Jahreschlusse. Wir müssen in dem einen wie dem anderen eine Durchbrechung unserer Wiederverkaufsbedingungen sehen, weshalb wir aus Prinzip Einkaufsgenossenschaften nicht beliefern. . . .

Das ist so deutlich, daß weder Mißverständnis noch Ausrede möglich ist. Der ganze Vorgang zeigt, wie notwendig der Kampf ist, den die Genossenschaften führen, und wie wünschenswert es ist, daß die Befreiung ihrer hierbei befristet ist. Er zeigt ferner, daß selbst sozial eingestellte Unternehmungen, wie die Zeisswerke, sich bei der Behandlung von Exportfragen nicht allein von den sachlichen Gründen leiten lassen, die bestimmend sein müssen, wenn die Ausfuhr von Waren gesichert werden soll.

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

9. April	1,11	18. Juni	1,12	30. Juli	1,14
23.	1,13	25.	1,11	3. September	1,15
30.	1,14	2. Juli	1,17	10.	1,16
7. Mai	1,15	9.	1,19	21.	1,17
14.	1,16	9.	1,15	1. Oktober	1,19
21.	1,15	16. Juli	1,15	8.	1,21
28.	1,13	23.	1,16		

Steigerung gegen die Vorwoche 1,7 Proz.

Die wachsende Teuerung, die auch jetzt in dem Reichsindex zum Ausdruck kommt, ist in der Hauptsache durch die erhebliche und trotz des Rückschlages am Getreidemarkt noch anhaltende Preissteigerung für Lebensmittel verursacht. Die „Preisabbautionen“ der Reichsregierung — es werden jetzt schon wieder neue Schritte nach dieser Richtung angekündigt — scheitern an der wachsenden Geldflüssigkeit, die die Preistreiber sehr begünstigt hat, und an den spekulativen Wuchenschaften, die an die Ankündigung der Agrarzölle anknüpfen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Fehler des Preisabbauprogramms durch Kreditrestriktionen gegenüber denjenigen Kreisen, die die Kredite zur Zurückhaltung der Ware ausnutzen, und durch Zurückziehung der Zollvorlage weitgemacht werden. Sonst ist es mit den Preisentlastungspraktiken nicht. Die breite Masse der Verbraucher hat von ihnen praktisch nichts zu spüren bekommen. Im Gegenteil ist die Teuerung wieder in vollem Zuge.

Preisabbauberatungen.

Zum Stand der Beratungen über den Preisabbau erfährt die Telegraphen-Union, daß diese Frage zunächst noch in den zuständigen Ressorts besprochen wird. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Fragen des Kredits, des Kartellwesens, der Einfuhrregelung und um deren Einwirkung auf die Lebensmittelpreise.

„Reichskommissariat für Reparationslieferungen“. In diesen Tagen erscheint im „Reichsgesetzblatt“ eine Verordnung über das Reichskommissariat für Reparationslieferungen. Es handelt sich hierbei lediglich um die Vereinfachung der Organisation des bereits im Jahre 1919 errichteten „Reichskommissariats zur Ausführung von Ausbaurbeiten in den zerstörten Gebieten“, dessen Aufgaben inzwischen durch die Entwicklung des Reparationsproblems gewisse Veränderungen erfahren haben. Durch die Verordnung wird gleichzeitig die Deutsche Kohlenkommission in Essen aufgelöst. Ihre Aufgaben werden künftig durch eine in Essen befindliche Zweigstelle des erwähnten Reichskommissariats wahrgenommen werden.

Gelegenheits-Angebote

bei



Berlin N, Chausseestr. 61-62
Ecke Liesenstraße
Untergrundbhf. Schwartzkopffstraße

Kleiderstoffe

Sportflanelle	hübliche Streifen, für Blusen u. Hemden, Meter	0,85
Zephir	moderne Streifen für Blusen und Oberhemden Meter	0,85
Popeline	mit Seidenstreifen, für Blusen und Kleider Meter	1,45
Rockstreifen	gute Qualitäten, aparte Dessins, 100 cm breit, Meter	2,35
Reinw. K'garn-Cheviots	schwere Qual. 100br.	3,75
Reinw. Kleider-Serge	groß. Farbort 100 cm br., Mtr.	3,90
Reinw. Velours-Flausch	voll. Mante u. viele Farb., 130 br., Mtr.	3,90
Halbseid. Damassé	Polz. u. Jack. Futt., ca. 85 cm br.	3,90

Trikotagen

Kinder-Trikots	1a wollgemischt, 60 cm lang, offen	1,95
Kinder-Trikots	1a wollgemischt, 60 cm lang, mit Klappen	2,25
Knaben-Unterhosen	1a wollgemischt	2,15
Damen-Untertaillen	1a wollgemischt mit laugem Arm	2,75
Damenhemden	1a wollgemischt	3,95
Damen-Hemdosen	1a wollgemischt mit laugem Arm	4,45
Seidentrikot-Schlüpfer	in vielen Farben	4,50
Seidene Unterkleider	aus Trikot	8,50

Damen-Konfektion

Unterröcke	Halbtuch, in verschiedenen Farben	2,95
Satin-Unterröcke	mit beidem	3,95
Velours-Blusen	Pinacervolant, dunkle, Hemdform, lang geschnitten	4,95
Flanell-Jumper	neueste Form	5,95
Sport-Röcke	in schönen, modernen Streifen	5,95
Cheviot-Kleider	1a. Ware, mit farbiger Stickerei	5,95
Flausch-Mäntel	in gezeckten Farben, neueste Fassons	14,75
Affenhaut-Mäntel	weiß geack. mit und ohne Gürtel	29,85

Schürzen

Knaben-Schürzen	blau und gestreift Größe 40	0,95
Mädchen-Schürzen	Bänderform, gestreift, Größe 40	1,25
Bunte Schürzen	Wiener Form	1,65
Weißer Zier-Schürzen	mit Trägerin u. reich Stick.	1,95
Wiener Schürzen	1a gestreift Water	1,95
Hauschürzen	aus bestem Blandruck	2,75
Schwarze Schürzen	Wiener Form, zum Knöpfen	3,75
Satin-Schürzen	Wiener Form, in vielen hübschen Mustern	3,95

Kinder-Konfektion

Kinder-Kittel	aus warmem, dunklen Stoff	2,50
Kinder-Kleider	mit lang. Arm, dunkel gestreift, Größe 6	3,45
Mädchen-Kleider	hübliche Schottenmuster, Größe 60	6,95
Cheviot-Kleider	reine Wolle, mit farbiger Garnitur, Gr. 60	8,50
Mädchen-Mäntel	Flausch, m. farbiger Garnitur, Größe 50	6,75
Knaben-Anzüge	Sport-Fassons Größe 1	6,50
Knaben-Pyjaks	mit Kieler Abzeichen, warm gefüttert	9,85
Kinder-Sport-Westen	in hellen u. dunkl. Farb.	7,85

Strümpfe / Wirkwaren

Damenstrümpfe	Fuß ohne Naht, schwarz und farbig	0,40
Damenstrümpfe	Seidengr., m. Doppeln., u. Hochfarsen, mod. Farb.	0,95
Damenstrümpfe	pa. Make, m. Doppeln., Hochf., schwarz u. farb.	1,50
Herren-Schweiß-Socken	kräftige Qualität	0,40
Herrensocken	pa. Make, mit Doppeln., Hochfarsen, mod. Farben	0,85
Herrensocken	gute Qualität, elegante Streifen auf farb. Grunde	1,20
Strickbinder	gute Qualität, hübsche Streifen	0,35
Trikot-Büstenhalter	feinfädig, gute Qual., weiß u. rosa	1,35

Sonder-Angebot!!!

Ein Auszug unserer billigen Preise

Glas

8 Bierbecher	95 Pl.
8 Kompotteller	95 Pl.
Wasserkaraffe	68 Pl.
3 Sektgläser geschliffen	1,95
Biergläser Kristall	75 Pl.
Zerstäuber	2,95 1,95
Käseglocke geschliffen	1,95
Likörglas auf hohem Fuß	35 Pl.

Steingut

Teller tief und flach	8 Pl.
5 Speiseteller tief und flach	1,95
5 Speiseteller tief und flach Kobalt	1,95
6 Speiseteller tief und flach Goldrand	1,95
5 Schüsseln tief und flach bunt	1,95
5 Tassen mit Untertassen, gr. Form	95 Pl.
5 Tassen	95 Pl.
Waschkrug bunt	95 Pl.
Tafelservice handgemalt, 23teilig	24,50

Porzellan

Kaffeekanne echt	95 Pl.
Teller tief und flach	24 Pl.
Kaffeesevice 9tlg., m. feinem Randedekor.	4,95
Tassen weiß, dünnes Porzellan	45 Pl.
Obertasse mit klein. Fehlern	8 Pl.
5 Abendbroteller	95 Pl.
Tasse Schalenform mit Randedekor.	45 Pl.
Tafelservice in allen Ausführungen besonders preiswert.	24,50

Wirtschaftsartikel

Glühstrumpf Steh-u. Hängelicht, bat. Qual.	18 Pl.
Waschwanne 80 cm, m. Vent.	12,50
Wassereimer 28 cm	95 Pl.
Brotbüchse schöne Aus.ühr.	3,45
12 Eßlöffel Aluminium	95 Pl.
1 Satz Kochtöpfe Alum., schw. umbord. War	12,75
6 Teelöffel Britannia	95 Pl.
3 Eßlöffel Britannia	95 Pl.

Nickelwaren

Bestecke Fadenmuster, beste Qualität	2,75
Kaffeelöffel erste Qualität	50 Pl.
Eßlöffel beste Qualität	1,10
Likörgläser auf hohem Fuß	1,45
Likörgläser auf hohem Fuß, Alpaka	1,25
Eiermenage	4,95
Tee-Eier	38 Pl.
Kaffeekanne Messing, vernickelt	6,50

Lederwaren besonders günstig.

Porzellan-Emaille-Markt

Johanna Pögel

Spezialgeschäft größt. Stills

Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 30-31.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 11. Oktober:

Friedrichshagen: Schwanenfeier, 105. Jugend-Feier, abends 7 Uhr.
Karlshorst: Fahrt nach dem Westfälischen, Treffpunkt abends 1/2 7 Uhr Bahnhof.

Abteilung Schönhauser Vorstadt. Kula in der Schönhauser Straße, nicht Rosenhöhe, Schenkungsfeier, Musik, Rezitationen, Knospische Jugendfeier, Anfang 7 Uhr, Eintritt frei.
Abteilung Wedding. Kula Völkischer Str., Schenkungsfeier, Musik, Rezitationen, Hans-Götsch-Spiele, Reigenzüge, Eintritt 30 Pf., Kinder frei.

Morgen, Sonntag, den 12. Oktober:

Gesundbrunnen II: Besuch des Westfälischen Museums, Treffpunkt 9 Uhr Brunnenplatz.
Lichtenberg-R: Fahrt, Treffpunkt 1/2 8 Uhr Bahnhof Strolach-Rummelsburg.
Schmargendorf: Besuch des Westfälischen Museums, Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Schmargendorf.

Bezirksrat Wedding. Kula Völkischer Straße, abends 1/2 8 Uhr, Lichtbilderortrag: „Fremdland“.
Bezirksrat Ostbahn. Abends 1/2 8 Uhr in der Kula des Cäcilien-Instituts, Rothausstraße, Schenkungsfeier, Feste, Chorgesang, Rezitationen, Vieder zur Leute, Klavierorträge, Volkstänze, Hans-Götsch-Spiel.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

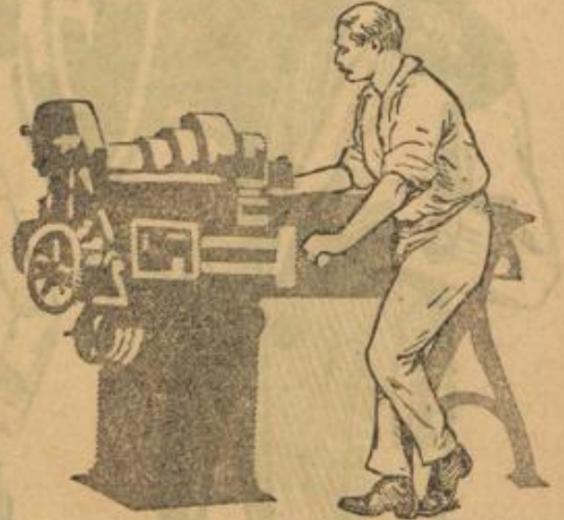
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Gebaltnstr. 3738, Hof 2 Tr.
Wichtig! Teilnehmer an der Fahrt nach Weidenau fahren am Sonntag, den 12. Oktober, früh, vom Schickschen Bahnhof 9.37 Uhr, vom Alexanderplatz 9.43 Uhr, ab 10.07, ab Charlottenburg 10.16 Uhr, nach Weidenau hin und zurück 4.80 Mk. Geworben.
Kameradschaft Mitte. Die Kameraden, die an der Fahrt nach Weidenau teilnehmen: Abfahrt am Sonnabend, den 11. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, Leichter Bahnhof, oder Sonntag früh Abfahrt 6.05 Uhr Leichter Bahnhof, oder 9.13 Uhr Alexanderplatz. Kameradschaft Lichtenberg nach Untergruppen. Am Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Treffen der gesamten Kameraden in der Turnhalle der Knabenmittelschule, Warfstr. 11. Kameradschaft Nieder-Schönhauser, Untergruppe Treptow. Am Montag, den 13. Oktober, findet eine

Verammlung bei Ströhan, Treptow, Gebältn. 1, abends 7 1/2 Uhr, statt. In dieser Verammlung werden die Mitgliederarten ausgegeben, auch sind die Mitglieder mitzubringen. Kameradschaft Kreuzberg. Am Montag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, bei Karl Richter, Diefendachstr. 76, wichtige Besprechung der Mitglieder, beginn, Unterfahner, Kameradschaft Köpenick. Die Abende Kameraden treffen sich am Dienstag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr, bei Kogut, Köpenick, 10. Kameradschaft Schöneberg. Am Montag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der Turnhalle der Borsburgerstraße unser Turn- und Sportabend statt. Das Erscheinen der Kameraden Pflicht. Kameradschaft Charlottenburg. Turnabend findet jeden Dienstag in der Turnhalle der Borsburger, Kollern-Anstalt-Allee, Einzug Reichs Ufer, statt. Erscheinen sämtlicher Kameraden Pflicht. Kameradschaft Mitte. Vorbereitung der nächsten Kameraden am Montag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, Reichenberger-Platz, Kameradschaft Köpenick. Am Montag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Zusammenkunft bei Kogut, Köpenick, 10. Erscheinen aller Kameraden unbedingt erforderlich. Kameradschaft Wedding. Abends Sonnabend, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, zahlreiches Erscheinen notwendig. Gerichtstr. 10, Ostbahnhof.

Und religiöser Gesellen. Vereinerung der Freunde von Religionen und Völkern. Genossenschaft Frauen Spricht Montag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Villa Charlottenburg, Drankstr. 3132, über: „Reine Eintritte im besten Gebiet“. Genossinnen und Genossen, erscheint zahlreich.
Volks-Feuerwehrverein Groß-Berlin, Distrikt 2. Montag, 13. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, in der Berliner Volksbühne, Fildrichstr. 2, Distrikt-Feuerwehrverein. Bericht über unsere neue Feuerwehreinheit. Erscheinen aller ist Pflicht. Anführer der Feuerwehrleitung sind willkommen.
Die Kamerader des 6. Reichs-Kreuzers treffen sich im „Reichenberger Hof“, eine halbe Stunde vor Eröffnung der Frauenversammlung am 13. Oktober.

Männerchor Friedrichshagen. Sonnabend, den 11. Oktober, 7 Uhr, in den Cameratus-Sälen, Memeler Str. 67, Vierteljahresversammlung. Anwesenden gemütliches Beisammensein mit Tanz. Eintritt 75 Pf. Gänge willkommen. Eintrittskarten an der Kasse.
Die Kreis-Feuerwehreinheit Südköpenick versammelt am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in den Räumen von Bruno Armer, Brockschule am Treptower Park 27, eine große Weihen-Schau. Da der Verein stets seine Kräfte bei Veranstaltungen der Partei sowie der Gewerkschaften kostenlos zur Verfügung stellt, ist die Unterstützung des obigen Vereins dringend zu empfehlen. Nach der Veranstaltung am Sonntag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Berliner Volksbühne, Fildrichstr. 2, Distrikt-Feuerwehrverein. Bericht über unsere neue Feuerwehreinheit. Erscheinen aller ist Pflicht. Anführer der Feuerwehrleitung sind willkommen.
Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegesbeschädigten und Krieges-Hinterbliebenen, Ortsgruppe Neukölln. Geschäftshaus Donaustr. 128, hört am Montag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Kula des Kaiser-Friedrich-Realschulhaus, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 296/210, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Mitglieder sind am Eingang der Kula vorzusitzen.
Berliner Anwalt-Verein. Vereinsversammlung am Montag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Berlin, Sommerstraße 44.

Der Senkiuß die Berufskrankheit des Fabrikarbeiters



Der Industriebetrieb von heute zwingt eine Anzahl von Menschen, ihre Arbeit an Maschine und Werkbank stehend zu verrichten. Der menschliche Fuß verträgt aber andauerndes Stehen sehr schlecht, der Krühhogen gibt unter dem Druck des Körpergewichtes nach und senkt sich allmählich. Mit Ermüdungserscheinungen u. ziehenden (rheumatischer) Schmerzen in Füßen u. Beinen (auch nächtliche Wadenkrämpfe) beginnt das langwierige Leiden. Die Schmerzen im Fuß treten insbesondere am Fußbogen, Mitt, an der Ferse und im Sprunggelenk auf. Gleichzeitig Schwellungen, Hitzegefühl, Fußschwellung. Auf der Fußsohle Schwielen (harte Haut) besonders am Vorderfuß, am Großzehnenballen und auf der Ferse, manchmal entzündete Schleimbeutel u. Sehnencheiden. Gelenkschmerzen und Schwellungen nicht nur im Fuß, sondern oft auch im Knie, der Hüfte, bis zum Kreuz. Unlust zum Gehen hindert die notwendige Körperbewegung, deshalb krankhafte Stoffwechselstörungen (Zitterleibigkeit, Gicht) und allgemeine Nervosität.

Der Gebrauch der patentierten pneumatischen Fußstütze

Pneumette

bringt dauernde Befreiung von allen diesen Beschwerden und Schmerzen.

Pneumette hebt das empfindliche Fußgewölbe in zarter Weise durch ein weiches, anatomisches Luftkissen, einen richtigen, kleinen Pneumatik (daher der Name „Pneumette“). Die Pneumette entlastet die überanstrengte Muskulatur und ermüdet so die ungehinderte Fortsetzung der Berufsarbeit ohne neuerliche Schädigung. Pneumette gestattet den Leidenden Personen selbst lange Marsche ohne Ermüdung und Schmerzen, denn sie paßt sich mit ihrem elastischen Luftkissen genau den Bewegungen der Gelenke des Fußes an. Pneumette ist eine Quelle der Verjüngung für alle, welche an Uebermüdung, Fußschwäche, schmerzenden Füßen, schwachen, schmerzenden Knöcheln und rheumatischer Schmerzen in den Muskeln der Beine, in den Knie- und Hüftgelenken oder an ischiastischen Schmerzen leiden.

Die Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden, ist federleicht und unzerstörlich, auch beim stärksten Gebrauch. Wir geben Ihnen ein Paar „Pneumette“ 8 Tage zur Probe. Ueberzeugen Sie sich selbst! Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch, bei dem Sie nichts riskieren, sondern nur gewinnen können. (Ist schmerzhaftes Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Leiser

Schuhhaus größten Stils

Kostenlose ärztliche Untersuchung in eigenen Röntgen-Stationen, Leipziger Straße 64 (11-2 u. 4-6) und Friedrichstraße 179 (11-1 u. 3-6). — Fußprüfung und unentgeltliche ärztliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen:
 Leipziger Straße 64 Neukölln, Bergstr. 7/8
 Taentzienstr. 20 Friedenau, Rheinstr. 14
 Friedrichstr. 179 Oranienstr. 34
 Königstr. 34 Oranienstr. 47a
 Moabit, Turmstr. 50 Müllerstr. 3a

Schriftliche Aufträge von außerhalb Berlin sind zu richten an den Allein-Fabrikanten und Patent-Inhaber
 Kreuzversand Alfred Klotz, München, Lindwurmstr. 76

Fragen Sie Ihren Arzt und verlangen Sie kostenfrei das lehrreiche Buch:
 Dr. med. K. Schmidt:
Fuß- und Beinschmerzen

Immer frisch. Überall erhältlich.

Preis pro 1/2 Pfd. nur 50 Pfg.



Rahma

MARGARINE

buttergleich

Das Beste ist gerade gut genug. Drum kauff jede sparsame Hausfrau

Rahma-buttergleich und keine andere.

Man verlange beim Einkauf von „Rahma - buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

Unsern Genossen Julius Steffen und seiner Ehefrau Genossin Georgine Steffen, Knospische Straße 5, zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche! Der Brief 1894, 35. Hft.

Drucksachen, gewerbl. und Massenauflagen fertigt schnellstens u. billigst
Berliner Nordost-Zeitung Weißensee, Berliner Allee 232
 Setzmaschinen, Rotations- und Schnellpressen-Betrieb
 Stereotypie / Buchbinderei
 Telefon: Amt Weißensee 45



Metalbetten Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A Tre. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Auf Teilzahlung!
Herren-Garderobe
 Gute Qualitäten zu soliden Preisen
CAMNITZER
 Schönhauser Allee 821, am Unterg. und Bht. Nordring

Wahlung, Restaurateur! Kaufe jeden besten gebrauchten Bajazzo - Apparat. Fuhrmann, Charlottenburg, Eilmersdorfer Straße 44, Hof 12

Extra-Angebot
 Briefmappen 5/5 mit Seidenfutter 100 Gm. 5,- b. 30,-
 Briefmappen in eleganter Ausführung 100 Gm. 5,- b. 35,-
 Briefkassette 25/25 0,30 b. 1,50
 Briefumschläge 100 Gm 20,- b. 24,-
 Geschäftskurven 100 Gm. 2,- b. 13,-
 Postkarten, Briefen, sowie andere Sorten zu billigsten Preisen
 Oelgemälde jeder Art und Größe gerahmt und ungerahmt
Kunst-Verlag Emma Jansen
 Borsigstraße 32a

